Die Hessische Landesverfassung – ein antifaschistischer Zukunftsentwurf!

Einmischung zur Verteidigung gefragt

Zum 70. Jahrestag wird mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission wieder einmal versucht, Hand an den Wortlaut und die Visionen der Hessischen Verfassung zu legen. Vorgeblich, um die Todesstrafe und andere »überkommene« Regelungen zu eliminieren, soll der gegenwärtige sozial- und gesellschaftspolitische Status quo festgeschrieben werden.

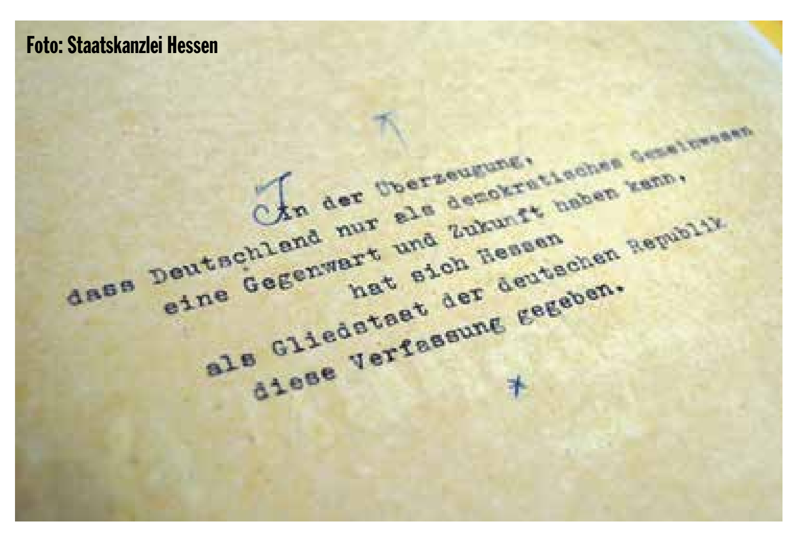


Foto: Staatskanzlei Hessen

Vor diesem Hintergrund täten politische Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände und Initiativen, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit, für demokratische Freiheiten und Bürgerrechte einsetzen, gut daran, sich in diesen politischen Prozess einzumischen und den antifaschistischen Gehalt der Verfassung zu verteidigen.

Dazu ist es hilfreich, sich mit der historischen Periode unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen, in der antifaschistische Vorstellungen tatsächlich geschichtsmächtig waren. Die Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung waren angetreten, politische und juristische Regelungen dafür zu treffen, dass eine Wiederholung von Faschismus und Krieg ein für alle Mal ausgeschlossen sein würde. Und es war ihnen klar, dass dafür auch gesellschaftspolitische Entscheidungen notwendig sein würden, die – ohne ein bestimmtes Gesellschaftsmodell zu favorisieren – über ein reines Verbot der NSDAP und aller faschistischen Strukturen hinausgehen. Die Alliierten schufen dafür gemeinsam die Voraussetzungen, z. B. mit den Grundsätzen zur Deutschlandpolitik im Potsdamer Abkommen oder im »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« vom 3. März 1946. Aber die Umsetzung in eine Verfassung musste von den deutschen Antifaschisten verwirklicht werden.

Die Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung waren angetreten, politische und juristische Regelungen dafür zu treffen, dass eine Wiederholung von Faschismus und Krieg ein für alle Mal ausgeschlossen sein würde.

Der Prozess und das Ergebnis im Lande Hessen vor 70 Jahren sind dabei von exemplarischer Bedeutung. Emil Carlebach berichtete, dass die amerikanische Besatzungsmacht schon im Februar 1946 eine »Vorbereitende Verfassungskommission« einberief – bestehend aus konservativen »Honoratioren«. Diese legte einen ersten Verfassungsentwurf vor, der sich weitgehend an der Weimarer Verfassung orientierte. Doch die politischen Kräfteverhältnisse und die Vorstellungen der Nazigegner waren andere.

Bei der Wahl zur Verfassungsberatenden Landesversammlung erreichten SPD und KPD, die im Vorfeld verabredet hatten, keinen Wahlkampf gegeneinander zu führen, 54% der Stimmen und eine deutliche Mehrheit der Mandate. Damit konnten sie in der Beratung gemeinsam auftreten und zogen die CDU, die eher christlich-sozial geprägt war, zumeist auf ihre Seite. Auf diese Weise entstand ein Verfassungsentwurf, der Regelungen enthielt, der, bezogen auf demokratische Rechte und Freiheiten, soziale Rechte und Einschränkung wirtschaftlicher Macht (Art. 41), ein Friedensgebot und Verbot von Angriffskriegen (Art. 69), ein Widerstandsrecht und das Verbot aller faschistischen Strukturen (Art. 158), tatsächlich antifaschistische Perspektiven eröffnete.

Dieser Entwurf rief nicht nur die amerikanische Militärregierung auf den Plan. Man brachte SPD und CDU zu »vertraulichen Gesprächen im kleinen Kreis« zusammen, wie Emil Carlebach berichtete, um den Weg zu einer »Großen Koalition« ohne KPD zu ebnen. Dafür war die SPD auch bereit, die Banken und Versicherungen aus der Sozialisierung herauszunehmen und weitere Zugeständnisse an die CDU zu machen. Die Gespräche blieben jedoch nicht vertraulich. Sie wurden von der KPD publik gemacht. Ungeachtet dieser Entwicklung beschloss die KPD-Fraktion, die Reste des gemeinsamen Vorschlages mit der SPD in allen Punkten zu verteidigen. So wurde der Vorschlag mit 82 gegen 6 Stimmen der LDP angenommen und zur Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 gestellt.

Nun verfügte die Militärregierung, dass der Artikel 41 (»Sozialisierungsparagraph«) gesondert abzustimmen sei. Daraufhin begann in Hessen eine breite gesellschaftliche Debatte, in die sich auch die Gewerkschaften und die sich organisierenden Antifaschisten einmischten. Das Ergebnis war deutlich: 76,8% stimmten für die Verfassung und 72% stimmten für die Aufnahme des Artikels 41 in die Landesverfassung. Mit diesem Votum wurde sichtbar, dass solche Überzeugungen, die sich auch im Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in Sachsen im Sommer 1946 gezeigt haben, tatsächlich einer Mehrheitsmeinung entsprachen. Das hinderte die amerikanische Militärregierung nicht, den Artikel 41 »vorläufig« außer Kraft zu setzen.

Der antifaschistische Gehalt der Hessischen Landesverfassung war schon mehrfach Ziel von Revisionsbestrebungen, obwohl bereits der Grundsatz »Bundesrecht bricht Landesrecht« viele Regelungen neutralisierte. Dennoch stehen viele Aussagen bis heute wie ein antifaschistisches Versprechen auf der Tagesordnung. Die Hessische Verfassung von 1946 war und ist tatsächlich ein Zukunftsentwurf – verteidigen wir ihn gemeinsam!

Ulrich Schneider

Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«



19 Tafeln, Din A1: Verleihbedingungen, Schulungen und Termine: www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Inhaltsverzeichnis

Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus«:

Da muss noch mehr kommen...

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben erneut deutlich gemacht, wie dringend es ist, eine breitere gesellschaftliche Bewegung gegen den Aufstieg der AfD zu entwickeln. Allerdings ist das leichter gesagt als getan. Die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus«, an der die VVN-BdA von Anfang an beteiligt ist, kommt – so scheint es gelegentlich – nicht so recht vom Fleck.

Die spontane Empörung über die Wahlergebnisse der Frühjahrs, die sich in mehr als 17.000 Unterschriften unter den Kampagnen-Aufruf innerhalb weniger Tage danach dokumentierte, hat sich nicht wirklich fortgesetzt.

So fällt ein kleines Resümee nach sechs Monaten gemischt aus. Einerseits wurden bereits Materialien wie Flyer, Plakate und Aufkleber in der Größenordnung von 500.000 Stück bundesweit verschickt und verteilt, was deutlich macht, dass ein großer Bedarf besteht und es offensichtlich vielerorts Initiativen gibt, die den Widerstand gegen den »Durchmarsch« der extrem rechten AfD organisieren. Durch die Ausbildung von Trainerinnen und Trainern haben wir die Grundlage für das angestrebte Ziel von 10.000 Stammtischkämpfern und -kämpferinnen gelegt und im Bereich der Gewerkschaften das Projekt auch schon deutlich vorangebracht.

Allerdings zeigte die mit 6.000 Teilnehmern eher mäßig besuchte Demonstration am 3. September in Berlin, dass es auch erhebliche Probleme gibt. Sie beginnen damit, dass die rechte Mobilisierung und ihr Erfolg in der herrschenden Politik offensichtlich den Impuls auslösen, sich den Wählern der AfD anzubiedern. Schlagworte dazu wären z. B. die fortgesetzte Abschottung Europas gegen Flüchtende, weitere repressive Gesetze und Maßnahmen gegen Geflüchtete, Abschiebepolitik, »Integrationsgesetz«, Polizeiskandale und eine nicht enden wollende Reihe von Gewalttaten vor allem gegen Flüchtlingsunterkünfte, die kaum noch problematisiert wird.

In der Struktur der Kampagne selbst konnte die politische Breite, die sich bei den Erstunterzeichnern abzeichnete, in der tatsächlichen Arbeit nicht realisiert werden.

Ein weit überproportionaler Anteil der Arbeit wird von einzelnen Aktivisten und Aktivistinnen, z. B. aus SDS, Interventionistischer Linker oder aus unserem eigenen Verband geleistet.

Gesellschaftliche Großverbände und politische Parteien haben bisher, mit Ausnahme der Linken, weder nennenswerte Arbeitsleistung noch finanzielle Grundlagen beigesteuert.

So führte im Vorfeld der Demo vom 3. September die Frage von Redeauftritten parteipolitischer Prominenz zu einem erheblichen Konflikt. Während die Parteien ihren Anspruch auf Präsenz ganz selbstverständlich fanden und einige auf einen Mobilisierungs-Impuls durch Prominenz hofften, hielten andere, zu denen wir selbst gehören, dies für eine hochproblematische Instrumentalisierung der Kampagne im Wahlkampf.

Zurzeit wird hier nach einer Verständigung gesucht und gleichzeitig über die weitere Kampagnenplanung bis zur Bundestagswahl diskutiert. Unstrittig ist, dass die Erfolgsstory der Stammtischkämpfer/Stammtischkämpferinnen fortgeschrieben werden soll und dass in den nächsten Monaten eine stärkere »Regionalisierung« her muss. Die kann darin bestehen, dass sich bestehende antirassistische und antifaschistische Bündnisse der Kampagne annehmen oder auch, dass neue geschaffen werden.

Denkbar sind die Durchführung eines weiteren bundesweiten Kongresses, Produktion und Vertrieb von Massenzeitungen im Wahlkampf oder auch ein bundesweiter Aktionstag. Schwachpunkte sind bislang sicher auch die Medienarbeit und leider auch die finanzielle Ausstattung des Ganzen.

Cornelia Kerth

StammtischkämpferIn werden!

Melde dich im Aufstehen-Netzwerk unter www.aufstehen-netzwerk.de an, um von StammstischkämpferInnen-Ausbildungen in deiner Nähe zu erfahren. Wenn du selbst eine Ausbildung organisieren möchtest, schreib uns eine Mail an stammtisch@aufstehen-gegen-rassismus.de. Mehr Infos gibt's unter https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen/. Allgemeiner Kontakt und Materialbestellungen: info@aufstehen-gegen-rassismus.de.

Sechster ordentlicher Bundeskongress 2017 in Frankfurt/Main

Festveranstaltung am Vorabend

Unser letzter (außerordentlicher) Bundeskongress in Bochum widmete sich ausschließlich dem Thema »Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik« und war ganz sicher ein Meilenstein unserer Organisationsentwicklung.

Es war vor allem ein echter Mitmach-Kongress, der allen Teilnehmern vielfältige Möglichkeiten bot sich einzubringen. Diese Qualität auch auf unseren nächsten ordentlichen Kongress zu übertragen, ist unser Ziel, aber auch gar nicht so einfach. Schließlich muss dieser formalen Aspekten genügen (u. a. Rechenschaftspflicht und Wahlvorgänge), die wiederum ebenfalls Ausdruck des demokratischen Charakters unseres Verbandes sind.

Inhaltlich wird er sich schwerpunktmäßig mit der rechten Mobilisierung in Deutschland beschäftigen, insbesondere dem Aufschwung der AfD.

Welche Schwerpunkte müssen wir setzen, welche Handlungsschritte wollen wir als Verband, aber auch im Bündnis vollziehen? Was können wir tun, um insbesondere einen Erfolg der AfD bei den Bundestagswahlen im September 2017 zu erschweren?

Der Bundesausschuss der VVN-BdA hat nun in seiner Sitzung vom 25. September den 6. Bundeskongress der VVN-BdA einberufen. Er findet vom 1. bis 2. April 2017 in Frankfurt am Main statt und zwar wieder im »Haus Gallus« (Frankenallee 111, 60322 Frankfurt/Main).

BITTE VORMERKEN FÜR 2017:

Festveranstaltung 70 Jahre VVN-BdA, 31. März, 6. Bundeskongress der VVN-BdA, 1./2. April, Frankfurt/Main, Haus Gallus

Die Delegierten werden von den Kreisvereinigungen gewählt. Meldeschluss ist der 15. Februar 2017. Ersatzdelegierte müssen ebenfalls gewählt und gemeldet werden.

Pro angefangene 50 Mitglieder kann 1 Delegierte/Delegierter gewählt werden. Grundlage für die Delegiertenzahl ist die Zahl der zum Stichtag 31.12.2016 abgerechneten Mitglieder. Gastdelegierte sind herzlich willkommen und sollten möglichst auch angemeldet werden.

Um die Arbeit zu erleichtern, bitte ich darum, die Delegiertenmeldungen in den Landesvereinigungen zu sammeln und dann per E-Mail an das Bundesbüro weiter zu leiten. Die Meldung muss Name, Anschrift, möglichst die E-Mail-Adresse und die delegierende Kreisvereinigung enthalten.

Am Vorabend des Kongresses, am 31. März 2017, findet ebenfalls im Haus Gallus eine Festveranstaltung zum 70. Gründungstag der VVN statt, zu der der Bundesausschuss alle Delegierten einlädt. Über die Teilnahme von Mitgliedern der Gründungsgeneration freuen wir uns sehr.

Thomas Willms

Jahrestagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis

Erinnerung an Ravensbrück in Hessen

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis (LGRF) sieht es als ihre zentrale Aufgabe an, die Erinnerung an die Frauenkonzentrationslager wachzuhalten und an die Ideale jener ehemaligen Häftlinge zu erinnern, die einst die Lagergemeinschaft gründeten. Diesem Ziel dienen auch die jährlichen Tagungen der Lagergemeinschaft, die nach Möglichkeit stets in unterschiedlichen Orten der Bundesrepublik abgehalten werden.

Das diesjährige Treffen vom 29. September bis zum 2. Oktober 2016 stand unter dem Motto: »Erinnerung an Ravensbrück in Hessen«. Dabei war der Blick nicht nur auf die Geschichte gerichtet. Man war vielmehr bemüht, sie auch mit der Gegenwart zu verbinden. Tagungsort war die Bildungszentrale der ver.di-Jugend in Naumburg in Nordhessen. Das Programm wies gleich drei Höhepunkte auf: Da war zum einen der Besuch beim Internationalen Suchdienst (ITS) in Bad Arolsen, dann die Eröffnung der Ausstellung über Frauen im Widerstand in Kassel und schließlich ein Besuch in der KZ-Gedenkstätte Breitenau.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Jahrestagung der LGRF vor dem Gebäude des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen. Foto: Armin Haß

Im Archiv des ITS ist die Verfolgung von Millionen Opfern des deutschen Faschismus dokumentiert. Zu Recht bezeichnet der ITS sein Archiv als ein »Mahnmal aus Papier«. In Bad Arolsen gab es eine beeindruckende Führung durch die KZ-Dokumentenablage im Archiv. Es umfasst Unterlagen über Häftlinge aus allen nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Bereits in Vorbereitung des Besuchs hatten acht Teilnehmerinnen der Tagung Suchanfragen zu nahen Angehörigen beim ITS gestellt. Im Beisein der lokalen Presse wurden ihnen Kopien aller Unterlagen übergeben, auf denen der Name der gesuchten Person verzeichnet war. Zugleich konnten die Originaldokumente eingesehen werden. Dazu stand für jede einzelne Anfrage eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des ITS zur Verfügung. Schließlich konnten noch eigenständige Recherchen im Digitalen Archiv des ITS durchgeführt werden. Mitglieder der LGRF fanden in Bad Arolsen Dokumente zur Verfolgung ihrer Familienangehörigen, deren Existenz ihnen zuvor nicht bekannt war. Im Vergleich zu anderen Konzentrationslagern wie z. B. Buchenwald ist der Bestand an Dokumenten zu Ravensbrück aber leider nur gering, da es der SS im April 1945 noch gelang, die gesamte Original-Registratur von Ravensbrück zu vernichten.

In Verbindung mit der Tagung in Naumburg wurde auf Initiative der LGRF im Gebäude der AOK Hessen in Kassel vom 30. September bis zum 15. Oktober 2016 die Ausstellung »Nichts war vergeblich« gezeigt. Kooperationspartner waren die Bildungszentrale der ver.di-Jugend, das Frauenhaus Kassel und der ver.di Bezirk Nordhessen. Diese Ausstellung des Studienkreises Deutscher Widerstand präsentiert 18 Biografien von Frauen, die dem Nationalsozialismus die Gefolgschaft verweigerten. Die Veranstaltung zur Eröffnung der Ausstellung am 30. September war sehr gut besucht. In ihren Redebeiträgen verwiesen die Vertreterinnen und Vertreter der Veranstalter, der AOK, der Stadt Kassel und nicht zuletzt der Leiter der Gedenkstätte Breitenau, Dr. Gunnar Richter, auf den Mut der Frauen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzten, und zogen Parallelen zur Gegenwart, in der erneut Engagement gegen Rassismus und Volksverhetzung erforderlich ist.

Am Vormittag des 1. Oktober stand der Besuch der Gedenkstätte Breitenau auf dem Programm. In Breitenau/Cuxhagen bei Kassel befand sich in den Jahren 1933-1934 eines der frühen Konzentrationslager. 1940-1945 war Breitenau erneut ein Lager für Schutzhäftlinge. Es diente als Arbeitserziehungslager, in das überwiegend ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die sich dem Arbeitseinsatz widersetzt hatten, eingewiesen wurden. Für die meisten Häftlinge war es die Vorstufe zu einem Konzentrationslager. Von Breitenau gingen Häftlingstransporte in die großen Konzentrationslager, auch nach Ravensbrück.

Weitere Punkte des umfangreichen Tagungsprogramms sollen aus Platzgründen nur noch kurz erwähnt werden: Ebenfalls am 1. Oktober, nachmittags, gab es einen Vortrag von Helge von Horn über Rechtsextremismus in Hessen mit anschließender Diskussion. Daran schloss sich eine Power-Point-Präsentation von Dr. Bärbel Schindler-Saefkow und Annemarie Müller zur »Kinderweihnachtsfeier« in Ravensbrück an. Der Sonntagvormittag wurde genutzt, um organisatorische Fragen und zukünftige Aktivitäten der LGRF zu besprechen. Aus der Diskussion ergaben sich wieder zahlreiche Impulse für die weitere Arbeit.

An dieser Tagung konnten leider keine Frauen mehr teilnehmen, die noch aus eigener schmerzlicher Erfahrung über die Konzentrationslager berichten können. Sie sind als Zeitzeugen nicht zu ersetzen, aber Kinder und Enkel der Verfolgten bemühen sich gemeinsam mit anderen engagierten jungen Frauen, die Arbeit der ehemaligen Häftlinge in der Lagergemeinschaft fortzusetzen, ihr Erbe weiterzutragen. Die diesjährige Tagung der LGRF ist dafür ein lebendiger Beweis.

Rosel Vadehra-Jonas

Alfred-Hausser-Preis 2016

Die Wanderausstellung des Vereins »Geraubte Kinder – vergessene Opfer« des gleichnamigen Vereins aus Freiburg erhält den Alfred-Hausser-Preis 2016.

Dies beschloss der Landesvorstand der VVN-BdA Baden Württemberg auf Empfehlung seines Beirats. Die antifaschistische Organisation vergibt den Preis seit 2006 alle zwei Jahre für Projekte, die in besonderer Weise die Erinnerung an den Widerstand gegen den Faschismus, die Verfolgten und die Opfer des Naziregimes bewahren helfen.

Die Wanderausstellung behandelt das Schicksal von Menschen, die von den Nazis als Kinder aus Polen, Russland, Slowenien, der Tschechoslowakei und Norwegen wegen ihres vermeintlich »arischen« Aussehens nach Deutschland verschleppt wurden. Viele dieser geraubten Kinder konnten nach dem Krieg nicht in ihre Heimat zurückgebracht werden, weil deutsche Jugendämter bei der Verschleierung des Menschenraubs mitwirkten und die Kinder mit einer fremden Identität »einbürgerten«. So haben die meisten von ihnen nach 1945 ihre Eltern nicht wiedergesehen. Und wenn sie zurückkehren konnten, traten schwere Probleme auf. Das Leid dieser Menschen wurde nie als Verbrechen anerkannt. Nie erhielten sie eine Entschädigung.

Am 5. November 2016 wird im Esslinger Gewerkschaftshaus im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA die Auszeichnung des Preisträgers erfolgen.

Lothar Letsche

35. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern in Nürnberg

Die Anerkennung wächst

Einer der Schwerpunkte der Arbeit der bayerischen VVN-BdA in den vergangenen rund zweieinhalb Jahren wurde ihr (und wird ihr wohl auch noch weiter) aufgedrängt. Das hat Tradition: Es ist die Jahr für Jahr stattfindende Diskreditierung der Arbeit der ältesten Organisation ehemaliger Verfolgter des Naziregimes durch den bayerischen »Verfassungsschutz«, die Veröffentlichung der »Erkenntnisse« dieser Behörde über die VVN. Was wiederum dazu führt, dass dem Bayerischen Innenministerium zugeordnete Gremien die VVN-BdA auf »Extremisten«-Warnlisten setzen (dort, wie auch in den VS-Berichten, neben Nazi- und Terrorgruppierungen unterschiedlichster Art), damit in und mit der VVN-BdA engagierte Menschen von öffentlichen Diensten ferngehalten werden sollen.

So weit, so schlecht. Sich politisch und juristisch mit den (oft unfreiwillig satirisch daherkommenden) geheimdienstlichen Unterstellungen befassen zu müssen, bindet doch einiges an Energie, die andernorts fruchtbarer eingesetzt werden könnte. Dennoch: Der Erfahrungsaustausch bei dieser 35. Landeskonferenz im Oktober in Nürnberg zeigte auch, dass selbst solch eine der VVN aufgezwungene Auseinandersetzung, offensiv geführt, positive Auswirkungen haben kann. So hatte etwa die vom SPD-Landtagsabgeordneten Florian Ritter initiierte Internet-Petition gegen die VS-Diskriminierung der VVN vor allem dort, wo sie von Kreisverbänden der Organisation aufgegriffen und nicht nur digital weitergeführt wurde, Beachtliches erreicht.

Deutlich wurde das jetzt bei der Nürnberger Konferenz nicht zuletzt durch die über 20 Grußadressen – von ganz links (diversen antifaschistischen Initiativen und der DKP Süd- wie Nordbayern, wie die dienstlichen »Beobachter« wieder freudig vermerken werden, dazu Mandatsträger und -trägerinnen der Partei Die Linke, die wohl nach VS-Gusto verteilt werden) bis hin etwa zu MdL Karl Freller (CSU) in seiner Eigenschaft als Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, dem Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPD), seiner Erlanger Kollegin Dr. Elisabeth Preuß (FDP), MdBs, MdLs und Menschen aus Lokal- und Regionalpolitik, meist aus sozialdemokratischen, grünen oder linken Umfeldern und aus den Reihen der einst Verfolgten, etwa von der Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h. c. Charlotte Knobloch, und von Erich Schneeberger, dem Vorsitzenden des Verbandes der Sinti und Roma in Bayern.

Inhaltlich beschäftigte sich die Konferenz mit altem und neuem Faschismus und den damit verbundenen aktuellen Bedrohungen, mit dem Thema »Antifaschismus in der Migrationsgesellschaft«, zu dem die VVN-Bundesvorsitzende Cornelia Kerth ein spannendes Referat hielt und mit den Aktionen gegen das geplante bayerische »Integrationsgesetz«. Das seit langem schon in Nürnberg-Gostenhof bestehende »Nachbarschaftshaus« mit seiner interkulturellen Tradition war dafür ein Super-Tagungsort – und allen daran Beteiligten, nicht zuletzt auch Ute Rüppel-Leverrier und Christoph Nützel für das abendliche Kulturprogramm mit Claire-Waldoff- (übrigens nach der VVN-Gründung 1947 in Bayern hier eines der frühen Mitglieder), Georg-Kreisler- und anderen Gesängen sei für alles herzlich gedankt. Und ja, zum Ansporn: Die Mandatsprüfungskommission registrierte bei den Delegierten ein Durchschnittsalter von 44 Jahren (der Jüngste 18, hinten einige nicht mehr ganz so jung mit gerade 70…). Unser nach wie vor unermüdlicher, über 80 Jahre alter »Zeitzeuge« Ernst Grube hatte sich als Delegierter leider entschuldigen müssen – dafür hielt er eine Woche später in München bei der großen Kundgebung gegen das »Integrationsgesetz« eine mitreißende Rede. ***Ernst Antoni***

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni



Als Landessprecher und -sprecherinnen der VVN-BdA Bayern wiedergewählt (v.l.n.r.): Dr. Harald Munding, Kreisverband Augsburg, Günter Pierdzig, KV Bamberg und Mastaneh Ratzinger, KV Freising. – Ebenfalls wiedergewählt wurde Landeskassiererin Edith Offner, KV München. Fotos: Gerhard Hallermayer

VVN-Landeskonferenz würdigt Protest gegen braune Provokationen

Fürther Fußball-Fans aktiv gegen Nazis

Während die Landeskonferenz der VVN-BdA in Nürnberg tagte, kam es in der Nachbarstadt Fürth zu Naziaufmärschen, für den Sonntag war eine weitere braune Provokation, dieses Mal in Nürnberg, angekündigt. Nachstehendes Grußwort ging von der Konferenz, überbracht von örtlichen Aktiven, die sich an den Gegendemonstrationen beteiligten, an die jeweiligen Initiatoren der Proteste gegen die Aufmärsche:

»Liebe Antifaschisten, während wir hier in Nürnberg unsere lang geplante LDK durchführen, müsst ihr euch in Fürth erneut mit Rassisten und Faschisten ›rumplagen‹– gestern mit ›Pegida‹ und heute mit der faschistischen Kleinstpartei ›Der dritte Weg‹ (Nachfolgeorganisation der Faschisten des inzwischen verbotenen ›Freien Netz Süd‹). Wie wir gehört haben, ist es gestern Abend den Fürther Antifaschisten gelungen, den kruden Aufmarsch der ca. 30 ›Pegidas‹ etwa auf Mitte ihres Weges zu blockieren. Die Rassisten mussten wutentbrannt umkehren. Und heute? Uns freut es sehr, dass sich in Fürth heute Nachmittag u. a. die Fußballfans der SpVgg Greuther Fürth nach dem Spiel um Punkt 15.15 Uhr auf den Weg machen, um gegen den Naziaufmarsch zu demonstrieren. Wie in der Zeitung gestern zu lesen war, will sich nämlich nach dem Abpfiff des Spiels der Stehblock zu einer Demo formieren, ›um den Nazis zu zeigen, was wir von ihnen halten‹. Aufgerufen haben dazu nahezu alle Fangruppen des Vereins!«

Die Aktionen erwiesen sich, wie während und nach der Konferenz vor Ort und auch aus den Medien zu erfahren war, allesamt als erfolgreich.

VVN-BdA: Verfassung ernst nehmen – populistischem Ruf nach Leitkultur entgegentreten

70 Jahre Bayerische Verfassung

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten der VVN-BdA Bayern zum Abschluss ihrer Landeskonferenz in Nürnberg einen Antrag, der sich ausführlich mit dem 70. Jahrestag der Verfassung des Freistaats Bayern, deren Inhalten und ihrer Bedeutung bis heute, befasste. Hier der Text im Wortlaut:

»Am 1. Dezember 1946 wurde mit einer Volksabstimmung die Bayerische Verfassung angenommen. Unter den (wenigen) Frauen und Männern im vorbereitenden Verfassungsausschuss und in der verfassungsgebenden Landesversammlung waren viele, die selbst in der NS-Zeit Verfolgung erlitten hatten oder ins Exil getrieben wurden. Sie waren sich – unabhängig davon, ob sie der CSU, der SPD, der KPD angehörten oder parteilos waren – einig, dass diese Verfassung vor allem dem Ziel zu dienen hatte, einen neuerlichen Weg in eine Nazidiktatur zu versperren und einen dauerhaften demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu sichern. Aus dem Widerstand und dem Exil brachten sie ihre Überlegungen in die Beratungen ein. So ist in der Bayerischen Verfassung von 1946 – wie auch in anderen Länderverfassungen – der Bezug auf den deutschen Faschismus stellenweise noch direkter zu spüren als im Grundgesetz von 1949. Dies zeigt sich besonders in folgenden Festlegungen:

›Gegen Nationalsozialismus und Militarismus‹

Weil die Verfassung geschaffen wurde in der Absicht, eine Nazidiktatur nie mehr zu ermöglichen, wurde im letzten Artikel 184 festgelegt, dass ›die Gültigkeit von Gesetzen, die gegen Nationalsozialismus und Militarismus gerichtet sind oder ihre Folgen beseitigen wollen, (...) durch diese Verfassung nicht berührt oder beschränkt‹ werden. Damit wird das Grundanliegen der Verfassungsgeber 1946 deutlich.

Umfassendes Asylrecht

Weil während der Nazidiktatur Hunderttausende ihre Rettung dem Asyl in anderen Ländern verdankten, wurde in Artikel 105 festgelegt, dass ›Ausländer, die unter Nichtbeachtung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte im Ausland verfolgt werden und nach Bayern geflüchtet sind, nicht ausgeliefert und ausgewiesen werden‹ dürfen.

Gegen ›Rassen- und Völkerhass‹

Weil die Naziideologie auf rassistischer Grundlage beruhte, zur Ausgrenzung vieler Menschen aus der ›Volksgemeinschaft‹ und letztlich zu Krieg und Vernichtung führte, wurde in Artikel 119 schlicht formuliert: ›Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.‹

Verpflichtung wirtschaftlicher Tätigkeit auf Gemeinwohl

Weil soziale Unsicherheit Menschen vor 1933 anfällig machte für die Nazipropaganda und weil Großkonzerne ihre wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken missbrauchten, sollte die ›gesamte wirtschaftliche Tätigkeit (...) dem Gemeinwohl dienen, wurde die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht verboten und das Recht auf Arbeit verankert (Art. 151-177).

Diese Festlegungen zeigen besonders deutlich, dass die Bayerische Verfassung von 1946 – wie auch das Grundgesetz von 1949 – entstanden ist als Gegenentwurf zur Praxis und Ideologie des Nationalsozialismus. Aber sie sind bis heute noch wenig bekannt, wurden vergessen – oder auch absichtsvoll verschwiegen. Denn zu deutlich würde dann der Widerspruch zu heutiger Realität, in der

- die extreme Rechte immer wieder verharmlost,
- das Asylrecht oft missachtet,
- Rassismus im Alltag gang und gäbe
- und das politische Gewicht von Konzernen überdeutlich ist.

Der 70. Jahrestag der Bayerischen Verfassung sollte Anlass sein, sich mit deren menschenrechtlichen, sozialstaatlichen und antifaschistischen Normen wieder genauer zu beschäftigen. Sie sind Richtschnur für politisches und gesellschaftliches Handeln im Freistaat; das sind die wirklichen Leitlinien.

Sie stehen damit im Gegensatz zu populistischen Forderungen nach einer ›Leitkultur‹, deren heimattümelnde Unbestimmtheit bloßer Stimmungsmache dient und letztlich zur Ausgrenzung anderer Menschen und Kulturen dient. Auf eine demokratische bayerische Tradition oder auf die Bayerische Verfassung kann sich solche ›Leitkultur‹ nicht berufen.«

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November: Wolfgang Kummer, München, 89 Jahre; Anneliese Puchner, Ismaning, 84 Jahre; Inge Barck, München, 82 Jahre; Karl-Heinz Schneider, Augsburg, 70 Jahre; Friedbert Mühldorfer, München, 65 Jahre; Robert Rein, München, 60 Jahre

Dezember: Irmgard Göhring, Happurg, 95 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 90 Jahre; Marie-Luise Bertram, Augsburg, 87 Jahre; Ernst Grube, München, 84 Jahre; Gerhard Basedow, Nürnberg, 81 Jahre; Anna Mederitsch-Höllering, München, 80 Jahre; Bernd Irmler, Sankt Englmar, 75 Jahre; Brigitte Felsl-Schneider, Augsburg, 70 Jahre; Gertrud Neidiger, Nürnberg, 70 Jahre; Ellen Keller, München, 65 Jahre; Klaus Lueger-Muth, Diedorf, 65 Jahre; Martha Metzger, Augsburg, 65 Jahre; Peter Miche, Nürnberg, 65 Jahre



Reichlich Diskussionsstoff gab es bei der LDK der VVN-BdA Bayern. Vorne, stehend: Unsere bisherige Landessprecherin Renate Hennecke, die nach jahrelanger nimmermüder Aktivität aus Gesundheitsgründen nicht mehr für das Gremium kandidierte. Auch an dieser Stelle sei ihr nochmal herzlich gedankt.

Berliner NSU-Untersuchungsausschuss jetzt!

Besser spät als nie

Wir fordern die Berliner SPD, Linke und Grüne auf, die Einsetzung eines parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses in die Koalitionsverhandlungen und in den Koalitionsvertrag aufzunehmen!

SPD, Linke und Grüne haben in der Vergangenheit immer wieder den Innensenat(or) scharf kritisiert und im Innenausschuss erhebliche Mängel und Versäumnisse bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Berlin, den Ermittlungen des LKA und der Arbeit des Verfassungsschutzes beklagt. Es ist doch sehr verwunderlich, dass trotzdem im Berliner Parlament bisher keine Anstrengungen unternommen wurden, einen Untersuchungsausschuss auf Landesebene einzufordern.

Wagen Sie jetzt einen Neuanfang und stellen Sie erweiterte Ressourcen in Form eines gut ausgestatteten Untersuchungsausschusses zur Verfügung!

Die rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) markieren eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Taten des NSU, sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind noch lange nicht aufgeklärt.

Nicht erst seit den jüngsten Presseberichten über die vermutete Ausspähung der Synagoge in der Rykestraße, bei der der Wachpolizist Frank G. im Mai 2000 Zschäpe und Mundlos erkannt haben will (er wurde jetzt als Zeuge zum NSU-Prozess nach München geladen), führt die Spur des NSU-Netzwerks auch nach Berlin. Zschäpe hat einen Aufenthalt in Berlin eingestanden. Es gibt Indizien dafür, dass der sächsische Neonazi Jan W. gemeinsam mit Zschäpe und Mundlos nahe der Synagoge in der Rykestraße gewesen sein könnte. Doch noch am 3. November 2014 veranlassten zwei Bundesanwälte die Vernichtung aller Unterlagen aus dem Besitz von Jan W., die wegen eines Verfahrens gegen ihn beim LKA Berlin lagerten.



Schon 2011 stellte sich die Berliner Polizei die Frage, ob auch die drei bis heute ungeklärten Sprengstoffanschläge auf den Jüdischen Friedhof Heerstraße in Charlottenburg auf das Konto des Netzwerks gehen. 1998 explodierten am Grab von Heinz Galinski, dem früheren Präsidenten des Zentralrats der Juden, zweimal Rohrbomben, 2002 wurde ein Sprengsatz in den Eingangsbereich des Friedhofs geworfen. Alle Ermittlungen blieben bis heute ohne jeden Erfolg. Aber in der von Zschäpe angezündeten Wohnung in Zwickau fand sich eine Adressliste, auf der der Jüdische Friedhof Heerstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf verzeichnet war.

Andreas Nachama, der frühere Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, sagt jetzt: »Ich halte es für sehr dringlich, da Licht reinzubringen.« Dem schließen wir uns an!

Kleine Berliner NSU-Chronik: Der verstorbene V-Mann »Piatto«, der Berliner Neonazi Carsten Szczepanski, später wohnhaft in Königs Wusterhausen, wurde vom Brandenburger VS geführt. Als führender Kopf der »Nationalrevolutionären Zellen« (NRZ), die in den 90er Jahren in Berlin und Brandenburg aktiv waren, verfügte er über beste Kontakte zur Berliner Neonaziszene (in der er auch aktiv war) und war dem Berliner LKA wohlbekannt.

Das Berliner LKA hat mindestens vier VP (»Vertrauenspersonen«), also Neonazi-Spitzel, geführt, die im Kontakt mit dem NSU-Netzwerk standen. Dies führte auch zu den beiden Berliner »V-Mann-Affären« um Thomas Starke (VP 562, Ex-Freund von Zschäpe) und Nick Greger (VP 598). Außerdem gibt es noch die VP 620 und VP 773, deren Identitäten nach wie vor geheim sind.

Auch der Berliner Verfassungsschutz schredderte nach bundesweitem Vorbild noch 2012 zahlreiche Akten mit wahrscheinlichem NSU-Bezug, handelte es sich doch um Akten über die Neonazi Band »Landser«, die eng mit dem neonazistischen Musiknetzwerk »Blood and Honour« verbandelt war, dass zum NSU-Unterstützernetzwerk gerechnet werden muss.

Im Januar 2013 exkulpierte der von Innensenator Henkel eingesetzte »unabhängige Fachmann« und »Sonderermittler«, Oberstaatsanwalt Dirk Feuerberg, die Berliner Sicherheitsbehörden und ihren Chef Henkel: Die Anwerbung des NSU- und »Piatto«-Bekannten Thomas S. als V-Mann, die Nichtweitergabe seines Hinweises zum NSU, das Schreddern von Akten mit möglichem NSU-Bezug beim Berliner Verfassungsschutz, Henkels Informationspolitik gegenüber dem Parlament, das sei zwar teils fehlerhaft, schlampig und unsauber gewesen, hätte aber mit Vertuschung oder Behinderung der NSU-Ermittlungen nichts zu tun.

Ende 2013 enttarnte sich VP 589 – Nick Greger – im rechten Compact-Magazin und sorgte im Januar 2014 für einen kurzfristigen Aufreger. Polizeichef Kandt und Innensenator Henkel versuchten, auf 120 Fragen von Grünen und Linke zum Verhältnis zwischen Greger und dem LKA zu antworten.

Seitdem ist wenig bis nichts aus dem Berliner Abgeordnetenhaus zum Berliner NSU-Komplex zu hören. Auch in Berlin wird die Aufklärung der Taten des NSU-Netzwerks weiterhin größtenteils der Initiative und Arbeit der Opferanwältinnen und -anwälte im Münchener NSU-Prozess überlassen. Wir finden, dass muss sich ändern!

Markus Tervooren

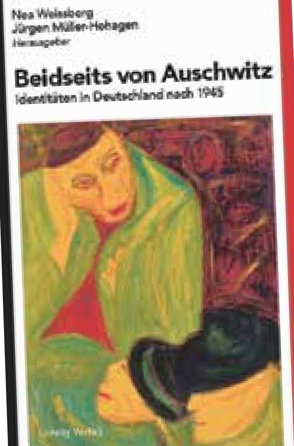
Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

...immer am 3. Montag im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 21. November 2016, Auschwitz als Steinbruch - Was von den NS-Verbrechen bleibt. Wie die Verbrechen des NS-Regimes vergegenwärtigt werden, ist zunehmend einem internationalen ökonomischen und ideologischen Markt überlassen. In kritischen Essays, Analysen und Recherchen befragt Thomas Willms literarische und philosophische Werke, Museen, Filme, Fernsehserien, Graphic Novels, ein Puppenspiel und die Reenactment-Bewegung danach, wie apologetisch oder aufklärerisch sie sich mit dem Zweiten Weltkrieg und den deutschen Massenverbrechen auseinandersetzen. Die Streifzüge beginnen in Italien und führen über Deutschland, Frankreich, Polen und Großbritannien in die USA.



Montag, 19. Dezember 2016, »Beidseits von Auschwitz – Identitäten in Deutschland nach 1945«. Lesung und Diskussion mit Kindern von Verfolgten und Tätern: Regina Szepansky, Gabriel Berger, Beate Niemann. Moderation: Eva Nickel

In dem Buch »Beidseits von Auschwitz« geht es um Nachkommen von Verfolgten und Verfolgern. Konkret: Inwieweit hat die Shoah und ihre Folgen, hat das Naziregime mit seinen Auswirkungen die Frauen und Männer geprägt, die in diesem Buch Einblick in ihre Lebensgeschichte geben? Worüber haben sie nachgedacht, als sie nach ihrer Identität gefragt wurden? Die 30 Autorinnen und Autoren des Bandes, geboren zwischen 1935 und 1987, beschreiben nachdrücklich, wie sie mit diesem Erbe umgehen, um ihre eigene und die historische Wahrheit erkennen und einordnen zu können. Mit Bedacht wurde ans Ende des Buches ein Beitrag aus dem Kontext des politischen Widerstands gesetzt.

Gedenkrede zum 75. Jahrestag des ersten Transports Berliner Juden am 18. Oktober 1941

Sechs Namen für sechs Millionen



Horst Selbiger während der Gedenkveranstaltung Foto: Gabriele Senft

Vor 75 Jahren wurde von den deutschen Mordbanditen der erste Transport mit 1.013 Berliner Juden in die Deportation geschickt: Babys und Kleinkinder mit ihren Müttern, Schulkinder, Teenager, Frauen und Männer, Alte und Gebrechliche. Am nächsten Tag, dem 19. Oktober 1941, erreichten sie das unbekannte Ziel: Łodz.

Also Łodz, ins Getto Litzmannstadt, wo es angeblich einen Judenrat gab, der sich freute, Gäste zu empfangen, alles für sie bereitgestellt hat, Wohnungen, Nahrung, Arbeit, ja Lebensfreude. Denn – so hieß es schon vor der Abreise – die Juden werden »dort« in Freiheit leben, ihren Berufen nachgehen, unter sich sein und endlich Ruhe haben.

Gestatten Sie mir, dass nicht ich es sein werde, der heute hier seine Gedanken formuliert, sondern dass ich denen Gehör verschaffe, die Zeugen jener Zeit waren. »Der Zug hielt auf freiem Feld«, berichtet der damalige Augenzeuge Oskar Rosenfeld, »die Türen wurden aufgerissen. Müde, zerquält, in den Händen Koffer, auf dem Rücken die Rucksäcke, unter den Armen Bündel, so krochen die mehr als tausend Menschen die Trittbretter hinab. Tiefer Kot, Schlamm, Wasser, wohin sie traten. Feldgraue Gestapo trieb an. ‚Vorwärts! Lauft! Lauft, ihr Judensäue.‹ Sie stießen gegen Frauen, die nicht wussten, wohin sie sich wenden sollten.«

Wo waren sie gelandet? Sie kamen nicht zur Besinnung. Das Hirn war leer, man vergaß sogar, dass man einen Tag und eine Nacht fast nichts gegessen hatte. Der Zug formierte sich. Durch Kot und Schlamm ging es irgendwohin.

Getto Litzmannstadt

Neugierig standen an den Rändern der Straßen Menschen, zerlumpt, zerfetzt, mit wachsbleichen Gesichtern, müde, mit gekrümmten Rücken. Die Deutschen waren angekommen, angekommen im Getto Litzmannstadt.

»Wie lange«, so fragt Oskar Singer, ein Tagebuchschreiber aus dem Getto, »brauchen Europäer, um unter solchen Umständen ihre kulturelle Tünche zu verlieren? Die Feder sträubt sich, das Grauen zu schildern, das dort herrschte, wo die Menschen Monate hindurch auf dem nackten Fußboden schliefen, hausten, hungerten, und das im Herzen Europas.«

Was dann kam, war der große Hunger. Erniedrigungen, Krankheit, Siechtum und Hunger. Hunger, Hunger, Hunger! Ein unbekannter Autor, dessen »Notizen am Rande« ausgegraben wurden, schreibt: »Ich träume davon, zu überleben und berühmt zu werden, um es der Welt kundzutun... Beides scheint im Augenblick weit entfernt und unwahrscheinlich. Aber wer weiß… Ich träume davon, es der Menschheit zu sagen – aber werde ich es auch können?«

Er kann es nicht mehr. Er wurde ermordet, wie die vielen anderen. Und deshalb möchte ich für ihn der Menschheit kundtun, wie es dem ersten Transport der über eintausend Berliner Juden ergangen ist.

Chełmno – erstes Vernichtungslager

Vom 6. bis zum 15. Mai 1942, innerhalb von zehn Tagen, wurden 12.000 deutsche Juden aus dem Getto »ausgesiedelt«, darunter auch der erste Transport aus Berlin. Ausgesiedelt. Welch ein harmloses Wort! Und welche grausame Wirklichkeit. Der Weg führte nach Chełmno/Kulmhof, etwa 60 km vom Getto entfernt.

In zwei Baracken mussten die Juden ihre Kleider bis zur Unterwäsche ausziehen, da sie nun desinfiziert und entlaust werden sollten. Das alles geschah mit sehr freundlichem Personal. Dann ging es durch den Keller des Schlosses und nach einer Tür war dann Schluss mit der Freundlichkeit. Mit wütender Brutalität und mit Lederpeitschen wurden die Juden auf eine Rampe getrieben, an der kastenförmige Lkws mit offenen Türen standen. 60 bis 90 Juden wurden jeweils in einen Lkw verfrachtet.

Der SS-Angehörige Wilhelm Heukelbach erklärte im Verhör: »Der Wagen stand mit der Türöffnung an der Rampe und ich sah dann, dass die Juden, die in den Keller geführt worden waren, über die Rampe in den offenen Gaswagen stiegen. Danach schloss der Fahrer die Flügeltür. Anschließend setzte er den Motor des Wagens in Betrieb. Kurz darauf erschollen aus dem Innern des Wagens Schreie und Stöhnen, auch wurde von innen gegen die Wände geklopft. Mir war jetzt klar, dass die darin befindlichen Menschen mit Gas umgebracht wurden. Nach etwa zehn Minuten verstummten die Leute, so dass ich nun wusste, dass die Menschen tot waren.«

Das war die Methode, mit der im ersten Menschenvernichtungslager der Welt industriell gemordet wurde! Zehn Minuten Kampf gegen den Tod. Lautes Schreien. Leises Stöhnen. Dann nur noch Röcheln. Stille.

Chełmno/Kulmhof war das Versuchslabor für Auschwitz. »Szlamek«, der von Chełmno fliehen konnte, berichtete dem Untergrundarchiv des Warschauer Gettos: »Ich gehörte zum Arbeitskommando im sogenannten Waldlager. Wenn ein Auto ankam, hielt es etwa fünf Meter von der Grube entfernt. Ein SS-Mann befahl, die Türen des Autos zu öffnen. Sogleich schlug uns ein starker und scharfer Gasgeruch entgegen. Aus dem Lastauto wurden die Vergasten wie Abfall auf einen Haufen geworfen. Oben standen zwei Männer, die die Leichen in die Grube hinunterwarfen, und in der Grube standen zwei andere Männer, die sie aufschichteten und die Leichen mit dem Gesicht zu Erde legten, so dass beim Kopf der einen die Füße der nächsten lagen. Wenn irgendwo ein Stück freier Platz blieb, wurde dort die Leiche eines Kindes hineingepresst.«

Die Namen der Babys

Auch unter den 1.013 Berliner Juden des ersten Transports ins Getto Litzmannstadt befanden sich 62 Kinder. Sechs von ihnen waren noch nicht einmal zwei Jahre alt.

Gestatten Sie mir, dass ich die Namen der sechs Babys aus diesem Transport nenne, sechs Namen stellvertretend für die sechs Millionen Juden, die ermordet, vergast, geschlachtet, verhungert, erschlagen, verbrannt, umgekommen sind durch die Hände der deutschen Mörder und ihrer Helfer – und unter den Ermordeten eineinhalb Millionen Kinder. Die sechs Babys aus dem ersten Berliner Transport waren:

- Aronsohn, Reha, geboren am 11. Februar 1940, ermordet am 8. Mai 1942;
- Buonaventura, Uri, geboren am 2. Mai 1940, verstorben am 11. April 1942 im Getto Litzmannstadt;
- Finkels, Tana Tina, geboren am 19. April 1940, ermordet im September 1942;
- Flanzreich, Marion, geboren am 10. Juni 1940, ermordet am 8. Mai 1942;
- Jacobsohn, Gittel, geboren am 10. Dezember 1940, ermordet am 12. Mai 1942;
- Wolff, Tana, geboren am 8. April 1940, ermordet am 14. Mai 1942.

Sie wurden ermordet im Vernichtungslager Chełmno/Kulmhof.

Das war die Geschichte des ersten Transports der Berliner Juden ins Getto Litzmannstadt am 18. Oktober 1941 vom Gleis 17, Berlin-Grunewald, der erste Transport von vielen, die noch folgen sollten.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, bitte sorgen und kämpfen Sie mit mir dafür, dass solche industriellen Kindermorde nie wieder geschehen können.

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!

Horst Selbiger, Ehrenvorsitzender »Child Survivors Deutschland«

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

1. Oktober 2016: Rede auf der Demonstration gegen das »Ankunftszentrum« Hamburg-Rahlstedt

Gleiche Rechte für alle Menschen, überall!

Liebe Freundinnen und Freunde, ich begrüße euch alle herzlich im Namen des Hamburger Flüchtlingsrats. Der Hamburger Flüchtlingsrat kämpft schon seit Jahrzehnten gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Lagern. Diese Flüchtlingslager dienen der Entrechtung, Ausgrenzung und ungehinderten Abschiebung von Flüchtlingen. Lager zeichnen sich durch räumliche Enge, einhergehend mit dem Verlust von Privatsphäre, aus. Sie sind gekennzeichnet durch Isolation nach außen und eine zwangsweise Vergesellschaftung nach innen.

Wie … gerade am Beispiel des Lagers Nostorf/Horst demonstriert, wird die Isolation der Geflüchteten in den Lagern immer mehr perfektioniert.

Unterstützern und Unterstützerinnen und Menschenrechtsorganisationen wird regelhaft der freie Zutritt verweigert. Erreicht werden soll hierdurch, dass die Geflüchteten immer weniger Chancen haben, sich der staatlichen, gegen Geflüchtete gerichteten repressiven Flüchtlingspolitik zu widersetzen. Die Verweigerung von hinreichender Rechtsberatung, die mangelhafte medizinische Versorgung, die Verweigerung von Bildung und Arbeit, die menschenrechtsverletzende und inhumane Behandlung und Abschiebungen von Geflüchteten sollen abgeschottet von jeder Öffentlichkeit stattfinden.

Dieses Prinzip soll im Rahmen neuer Gesetzesverschärfungen der vergangenen zwei Jahre unter anderem durch Massen-Erstaufnahmeeinrichtungen wie hier in Rahlstedt mit einer Kapazität von 2.300 Personen und durch die beschleunigten Verfahren weiter perfektioniert werden. Das Großlager bei Heidelberg zeigt, dass die Geflüchteten für Unterstützer/Unterstützerinnen und Berater/Beraterinnen nicht mehr erreichbar sind. Das Lager bei Heidelberg ist für die Erstaufnahme in Rahlstedt Vorbild. Dieser Ausgrenzung und Entrechtung von Geflüchteten muss entschieden entgegengetreten werden.

Der Flüchtlingsrat Hamburg lässt jetzt, unterstützt von Pro Asyl, gerichtlich überprüfen, dass er und andere Unterstützer/Unterstützerinnen von Geflüchteten nach der Verfassung und dem Europarecht Zutrittsrecht in die Lager haben, insbesondere nach der sog. Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU. Die Klagen wurden im Mai 2016 bei den Verfassungsgerichten in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eingereicht.

Wir wollen unter anderem dadurch ein freies Zutrittsrecht zu den Lagern erkämpfen. Von den Ländern gibt es bereits die ersten Reaktionen. Von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern wurde kurz nach der Erhebung der Klage ein Vergleichsvorschlag gemacht, den der Flüchtlingsrat Hamburg als nicht annehmbar abgelehnt hat. Hier soll jetzt, bevor es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommt, in einem Mediationsverfahren geprüft werden, ob eine Einigung erzielt werden kann.

Die Innenbehörde Hamburg hingegen vertritt in einem ersten Schritt die Auffassung, dass aus der Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU ein generelles uneingeschränktes Zutrittsrecht in Flüchtlingsunterkünfte für Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder ehrenamtlichen Beratern/Beraterinnen nicht abzuleiten ist. Hierzu wird folgende Begründung angeführt: »Da sich in den Flüchtlingsunterkünften auch Personen aufhalten, die nicht mehr Antragsteller im Sinne der Richtlinie 2013/33/EU sind, zum Beispiel, weil ihr Asylantrag bereits abgelehnt wurde und sie vollziehbar ausreisepflichtig sind, kann sich aus der Richtlinie kein generelles Zugangsrecht der in Art. 18 Abs. 2 Buchstabe c genannten Personen zu Flüchtlingsunterkünften ergeben. Ein Zugangsrecht aus dieser Richtlinie kann daher nur personenbezogen, und zwar für hilfsbedürftige Antragsteller im Sinne der Richtlinie, sein.«

Was wir von der Innenbehörde Hamburg zu erwarten haben, ist damit klar, und das entspricht einer konsequenten Fortsetzung der gegen Flüchtlinge gerichteten Politik und Verwaltungspraxis, wie wir sie seit Jahren aus Hamburg kennen. Wir erwarten aber auch nicht, dass das Land MV eine 180-Grad-Wende in der Flüchtlingspolitik machen wird und im Mediationsverfahren ein freier Zutritt zu den Lagern ohne weiteres durchzusetzen ist. Ohnehin kann ein freies Zutrittsrecht nur ein erster Schritt im Hinblick auf die Abschaffung aller Lager für Geflüchtete sein, wofür wir gemeinsam mit den Geflüchteten mit Nachdruck kämpfen müssen.

Wir fordern: Gleiche Rechte für alle Menschen, überall! Abschaffung aller Lager, Wohnungen für alle! Hoch die internationale Solidarität!

Franz Forsmann für den Flüchtlingsrat Hamburg

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Hamburger VVN-BdA Termine

1. bis 14. November, Woche des Gedenkens in Bergedorf. Veranstalter: AG Gedenken des Rathausbündnisses gegen Rechtsextremismus (verschiedene Veranstaltungsorte)

Do, 3. November, 19.30 Uhr »Gegen das Vergessen«. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938. Ort: Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal

Sa, 5. November, 9.30 bis 20 Uhr, Hamburger Friedenskonferenz 2016. Ort: Alfred Schnittke Akademie, Max-Brauer-Allee 24

Mo, 7. November, 20 Uhr »Soweit uns Spaniens Hoffnung trug«. Der österreichische Schriftsteller Erich Hackl liest aus seinem neuen Buch. Im Gespräch wird Erich Hackl über seine Arbeiten zum Spanienkrieg Auskunft geben. Veranstalterinnen: Polittbüro und Willi-Bredel-Gesellschaft. Ort: Polittbüro, Steindamm 45

Mi, 9. November, 15.30 bis 17 Uhr, Mahnwache »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 78. Jahrestages der »Reichspogromnacht«. An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet. Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg, Universität Hamburg. Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof). Es sprechen: Peggy Parnass; Michael Heimann, Jüdische Gemeinde Hamburg; Galina Jarkova, Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg; Wolfgang Seibert, Jüdische Gemeinde Pinneberg; Rabbiner Bistritzky (jüdisches Gebet); Norma van der Walde, VVN-BdA; Prof. Dr. Susanne Rupp, Universität Hamburg

Do, 10. November, 19 Uhr Widerständiges Frauenleben: Ingeborg Rapoport – eine Frau, deren Lebensweg durch ihre Erfahrungen in Nazideutschland und im Exil (USA) geprägt wurde. Lesung im Rahmen der Woche des Gedenkens in Bergedorf. Ort: LOLA, Lohbrügger Landstraße 8

Sa, 12. November, 13 Uhr, Stadtrundgang rund ums »Deserteursdenkmal«. Treffpunkt »Alsterpavillon«

So, 13. November, 17 Uhr Film »Charlotte« von Frans Weisz, BRD 1980. Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstraße 10

Fr, 2. Dezember, 17 Uhr Gedenkfeier für Billstedter Widerstandskämpfer. »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.« Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg-Mitte. Ort: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemaliges Ortsamt), Öjendorfer Weg 9

Ein Stolperstein für Alphonse Kahn

»Wir haben Solidarität geübt und auch Solidarität empfangen«

Alfons Kahn (den Vornamen Alphonse legt er sich später im Exil in Frankreich zu) wird am 13. Mai 1908 in einer sozialdemokratischen, jüdischen Familie in Hamburg geboren. Während seiner Lehrzeit macht er auf der Abendschule Abitur. Ab 1928 studiert er Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Freiburg/Breisgau, Berlin, Paris und Hamburg. Anfang der 30er Jahre wird er Rechtsberater der »Roten Hilfe« und tritt der KPD bei.

1933 muss er sein Studium abbrechen, weil ihm die Verhaftung droht. Alfons Kahn wird gewarnt und kann nach Frankreich fliehen. In Frankreich hat er politische Kontakte zur französischen kommunistischen Gewerkschaft.

Nach Kriegsbeginn wird Alphonse Kahn zunächst interniert, kommt aber wieder frei und schließt sich der Résistance an. Als »Franzose« wird er Buchhalter bei der deutschen Wehrmacht. Er verhilft zahlreichen Kameraden zu neuen Papieren sowie Arbeit und baut mit ihnen einen Ring auf, der Informationen über die deutsche Wehrmacht sammelt, Sabotagen verübt und agitiert. Alphonse Kahn wird Mitglied der Bewegung »Freies Deutschland« für den Westen.

Kurz vor der Landung der Alliierten in der Normandie droht ihm seine Enttarnung. Auch diesmal wird er gewarnt. Im Auftrag der Westleitung der KPD kehrt er zurück nach Deutschland und in die Tschechoslowakei. Er arbeitet dort in der Widerstandsbewegung.



Stolperstein für Alphonse Kahn
Foto: Anna Kahn

Nach der Befreiung 1945 bleibt Alphonse Kahn in Deutschland. Er wird die nächsten Jahre in verschiedenen rheinland-pfälzischen Stadt- und Landesbetreuungsstellen für die Opfer des Faschismus tätig, zuletzt als Referent in der Entschädigungsabteilung des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen und Leiter des Landesamtes für Wiedergutmachung. In der KPD Rheinland-Pfalz gehört er der Landesleitung an. 1949 wird Alphonse Kahn zum Richter am Landesentschädigungsgericht Rheinland-Pfalz berufen, 1950 jedoch aufgrund des »Adenauer-Erlasses« wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD wieder entlassen. Seine Rechtsmittel gegen das Berufsverbot bleiben erfolglos. Er wird ab 1952 Präsidiumsmitglied der VVN und erhält mehrere Ehrungen, darunter auch aus Frankreich. Alphonse Kahn stirbt am 30. Juli 1985.

Am 12. Oktober 2016 wurde für Alphonse Kahn am ehemaligen Standort seines Geburtshauses in der Beneckestraße (heute: Von-Melle-Park 5, Campus der Universität) ein Stolperstein verlegt. Dort wird bereits an seinen Vater Martin Kahn und dreizehn andere Menschen erinnert, die als Juden vom Naziregime verfolgt, dann deportiert und ermordet wurden. An der kleinen Gedenkfeier am Stolperstein haben sich Schüler und Schülerinnen der Ida-Ehre-Schule und Mitglieder des AStA beteiligt. ***Georg Chodinski***

Quelle für die Daten des Lebenslaufs:
mahnmal-koblenz.de

Landes-Delegierten-Konferenz am 4. und 5. Februar 2017

Nach dem Fest kommt die Diskussion

Am Sonnabend, den 4. Februar, ab 10.30 Uhr veranstalten wir zum Auftakt der Landes-Delegierten-Konferenz ein Podiums- und Publikumsgespräch unter dem Thema: »Aktuelle Rechtsentwicklung vom Großraum Europa bis zum Stammtisch um die Ecke – Was tun!«

Dazu werden wir einige Akteure und Akteurinnen aus Hamburgs Parteien, Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen aufs Podium bitten, um mit uns den gesellschaftlichen Rechtsruck zu diskutieren. Es geht uns vor allem um den Appell »Was tun!« und damit auch um einen Blick auf Rollen-Erwartungen an die VVN-BdA. Am Nachmittag haben wir dann die Gelegenheit, in Workshops das Podiumsgespräch zu vertiefen. Außerdem planen wir weitere Workshop-Themen wie z. B. »Geschichtswerkstatt VVN-BdA« oder zur Antimilitarismus- und Friedensarbeit.

Begleitet wird der Tag mit Ausstellungen und einem »Informationsmarkt der Möglichkeiten«, auf dem sowohl die Arbeit unserer Kreisvereinigungen als auch die anderer Hamburger Organisationen vorgestellt wird.

Am Sonntag, den 5. Februar, starten wir dann um 10.00 Uhr und widmen uns unserer eigenen Struktur, das heißt Wahlen, Berichte, Anträge, Beschlüsse und Gespräche über noch offen gebliebene Anliegen.

Kurz: Wir haben drei intensive Tage im Februar 2017 vor uns - save the date!

Der geschäftsführende Landesvorstand

Alle Mitglieder der VVN-BdA Hamburg sind herzlich eingeladen, als Gäste an der Landes-Delegierten-Konferenz teilzunehmen. Veranstaltungsort ist ebenfalls der Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, Hamburg-Billstedt.

»…den roten Winkel zum Banner des Friedens machen« (F. Heitgres)

70 Jahre VVN in Hamburg

Im Herbst 1946 hat der spätere erste Vorsitzende der Hamburger VVN Franz Heitgres mit Blick auf die Britische Militärregierung angekündigt: »Ob es eine Organisation der vom Naziregime Verfolgten geben darf, darüber kann einzig und allein der politisch Verfolgte selbst entscheiden.« Nur wenige Monate später, am 1. und 2. Februar 1947, haben die Verfolgten aus dieser Stadt entschieden und die Hamburger »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« gegründet. Sie ließen sich von ihren Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Krieg leiten und nahmen den Schwur von Buchenwald als ihre Verpflichtung an. Heute, nach siebzig Jahren, sind wir immer noch streitbar für den Aufbau »einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit«.

Siebzig Jahre – ein Grund zum Feiern

Alle Mitglieder und alle Interessierten sind ganz herzlich eingeladen, unser VVN-Jubiläum mit einem antifaschistischen Kulturfest zu feiern, und zwar am:

Freitag, den 3. Februar 2017, 18.30 Uhr im Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, Hamburg-Billstedt

Der Veranstaltungsort ist mit U-Bahn und Bussen und mit wenigen Schritten zu Fuß gut zu erreichen (Station »U Billstedt«)

Das geplante Programm: Musik und Texte werden vorgetragen von:

- Bejarano & Microphone Mafia
- Dr. Detlef Garbe
- Rolf Becker
- Erich Schaffner
- OSA, Das Steilshooper Rap-Projekt OneStepAhead

Diese Veranstaltung ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen zu einem sicher spannenden und unterhaltsamen Abend im neu ausgebauten Kulturpalast Hamburg.

In Walldorf wurde eine beeindruckende Lern- und Gedenkstätte eingeweiht

Erinnerung mit Lücken

Im südhessischen Walldorf, einem Stadtteil von Mörfelden-Walldorf, wurde Ende September auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers nach langen Vorarbeiten eine Lern- und Gedenkstätte eingeweiht.

Das KZ-Außenlager Walldorf gehörte zum KZ Natzweiler-Struthof. 1944 wurden rund 1.700 überwiegend jüdische Frauen aus Ungarn zu einem mörderischen Arbeitseinsatz zum Ausbau des Frankfurter Flughafens hierhin verschleppt. Bereits im November wurde das Lager jedoch aufgelöst und die bis dahin überlebenden Frauen ins KZ Ravensbrück transportiert. Nur etwa 350 von ihnen überlebten den Naziterror.

Nach 1945 wurde das Lager bald vollends eingeebnet. Nichts sollte an seine Existenz und die damit verbundenen Verbrechen erinnern. Erst 1972 entdeckten drei junge Kommunisten aus Mörfelden-Walldorf beim Besuch der Gedenkstätte Buchenwald auf einem dortigen Verzeichnis von KZs den Namen ihrer Heimatstadt Walldorf.

Nach ihrer Rückkehr begann eine jahrelange Spurensuche und schließlich die mühsame Aufdeckung der Geschichte des KZ-Außenlagers Walldorf. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurde viel unternommen und geleistet. Es gab Kontakte zu Überlebenden, die Errichtung eines »historischen Lehrpfads« und die Bildung einer Stiftung – bis es nunmehr zur Einweihung der Gedenk- und Bildungsstätte kam.

Bei der Eröffnung war viel Prominenz vertreten. Wesentlich war jedoch, dass Kinder und Enkel von überlebenden Frauen, die dereinst im Lager zu schwerster körperlicher Arbeit gezwungen waren, an der Feierlichkeit teilnahmen. Eine Gruppe von Schülern eines Langener Gymnasiums stellte Szenen des Leides der ungarischen Jüdinnen dar. Die Schüler waren es auch, die an den Beginn der Wiedererinnerung an das KZ-Außenlager durch die drei jungen Kommunisten erinnerten. Den Offiziellen kam das nicht über die Lippen; genauso wenig wie das Wort Faschismus, das auf dieser Veranstaltung nicht einmal fiel.

Das Bauwerk der Gedenkstätte beeindruckt durch das Dach, das auf der nördlichen Seite auf dem Niveau des Waldbodens beginnt und bis auf eine Höhe von etwa sieben Metern südlich in die Höhe ragt. Mit der Zeit sollen Pflanzen darüber wachsen und so an die Freilegung und Anhebung des Waldbodens erinnern, unter dem sich die Überreste des gesprengten Lagers befinden – Symbol dafür, dass es gelungen ist, das Vergessene in Erinnerung zu rufen. Die Wände des Gebäudes bestehen aus Glas, auch das als Symbol wider das Vergessen. Auf der Glasfassade sind die Namen, der letzte Wohnort und die Geburtsdaten der 1.700 hier inhaftierten Frauen aufgebracht. Einige Bilder von Frauen, die hier Zwangsarbeit leisten mussten, sind ebenfalls auf der Glaswand dokumentiert, ebenso wie die Geschichte des KZ-Außenlagers. Das Memorial soll als Lern- und Bildungsstätte vor allem für junge Menschen dienen. Möge das gelingen, und zwar im Sinne des Schwurs von Buchenwald.

Übrigens: Die drei jungen Männer von damals sind inzwischen in die Jahre gekommen, allerdings immer noch politisch aktiv: Einer ist Vorsitzender der Fraktion DKP/Linke Liste im Stadtparlament, der zweite ehrenamtlicher Stadtrat für die DKP/LL in Mörfelden-Walldorf. Der dritte ist in der Bürgerinitiative gegen den weiteren Flughafenausbau aktiv.

Norbert Birkwald

Redaktion: P. C. Walther, Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Förderverein will eine Gedenk- und Bildungsstätte erreichen

Ein KZ mitten in Frankfurt

Während der NS-Diktatur produzierten die im Frankfurter Stadtteil Gallus angesiedelten Adlerwerke fast ausschließlich für die Wehrmacht und stiegen zum größten Hersteller von Schützenpanzer-Fahrgestellen auf. Während des Krieges setzten sie ab Sommer 1941 französische Zivilarbeiter und ab 1942 vor allem russische Kriegsgefangene ein. 1943 beschäftigten die Adlerwerke das drittgrößte Zwangsarbeiterheer Frankfurts, übertroffen nur von den IG Farben und den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM).

Im März 1944 führten alliierte Luftangriffe zu schweren Zerstörungen Frankfurts und der Adlerwerke. Wegen Produktionsverlagerungen ins »sichere« Umland und daraus resultierenden Fertigungsrückständen fehlten in Frankfurt die Arbeitskräfte. Der Strom ziviler Zwangsarbeiter war versiegt. Die Betriebsleitung forderte KZ-Häftlinge an. Am 22. August 1944 war das KZ Adlerwerke, ein Außenlager des KZ Natzweiler, fertiggestellt und erhielt den Decknamen »Katzbach«. Es befand sich direkt auf dem Werksgelände, also mitten und nicht übersehbar im Stadtteil.

Seit den frühen 1990er-Jahren – zuvor hatte man das KZ in der städtischen Erinnerungskultur völlig ausgeblendet – versuchten unterschiedliche Initiativen, Vereine, Stiftungen und Gruppen, die Erinnerung an das KZ Katzbach wach zu halten. Um die verschiedenen Aktivitäten zu bündeln, hat sich im Herbst 2015 ein Förderverein gebildet, der die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte »KZ Katzbach« in den Adlerwerken anstrebt und auf städtische Unterstützung hofft. Der Vorsitzende des Fördervereins, Horst Koch-Panzner, erklärt dazu: »Wir wollen eine dauerhafte und nachhaltige Erinnerung an die Zwangsarbeit in Frankfurt im Allgemeinen und an die Verbrechen im ›KZ Katzbach‹ im Besonderen.«



Das Kunstprojekt »Wider das Vergessen – Gedenken an das KZ-Außenlager in Frankfurt am Main« von Naneci Yurdagül und Thomas Müller begann in diesem Jahr mit Wegweisern mit der Aufschrift »KZ Adlerwerke«, die rund um die Adlerwerke im Gallus angebracht wurden. Foto: Quelle: www.stadtkindfrankfurt.de

Die insgesamt ca. 1.600 Häftlinge des KZ Katzbach wurden von der Werksleitung vor allem in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau ausgesucht. Viele von ihnen waren nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands im August 1944 verschleppt worden. Die Todesrate in den Adlerwerken übertraf die aller hessischen KZ-Außenlager. Die Häftlinge mussten 84 Stunden in der Woche in ungeheizten, teils zerstörten Hallen arbeiten. Gewalt und Schikane waren alltäglich. Die Menschen verhungerten buchstäblich oder fielen, völlig geschwächt, Krankheiten zum Opfer. Fluchtversuche wurden mit öffentlicher Hinrichtung bestraft.

An der diesjährigen Route der Industriekultur Rhein-Main beteiligte sich der Förderverein mit zwei Veranstaltungen: Einer Führung, die den wenigen noch vorhandenen Zeugnissen an das Außenlager des KZ Natzweiler auf dem vormaligen Industriegelände und im Stadtteil nachspürte, sowie einem Referat in der dreigeteilten Vortragsveranstaltung zur »Geschichte der Adlerwerke« – einer Kooperation mit der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main und dem Gallus-Theater. (Kontakt: KZKATZBACH@web.de)

Herbert Bauch

Landtagsanhörung zum Thema Rechtsextremismus

Gewalttaten um 400 Prozent gestiegen

Die Pressekonferenzen im Landtag zur Vorstellung der »Verfassungsschutzberichte« waren in der Vergangenheit – und sind bis heute – insbesondere für CDU-Innenminister ganz offensichtlich in erster Linie dazu da, die Gefahr von rechts zu bagatellisieren und gleichzeitig die Gefahr von links, inzwischen gerne auch die durch Islamismus und die so genannte Ausländerkriminalität, an die Wand zu malen.

Bezüglich des Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutz hat der platte Satz »Der Feind steht links« traurige Tradition.

Eine erfreulich andere und durchaus der gesellschaftlichen Situation angemessene Beschäftigung mit dem Thema »Gefahr durch rechte Gruppen und Organisationen, Neonazis und deren rechtsterroristische Bestrebungen« fand im September 2016 im Hessischen Landtag statt.

Anders als bei der Vorstellung der Verfassungsschutzberichte durch die Innenminister der Länder und des Bundes, die vortragen, was ein ideologisch aufgeladener und penetrant rechten Terror kleinredender Inlandsgeheimdienst meint herausgefunden zu haben, waren sich alle zur Anhörung eingeladenen Sachverständigen aus Forschung, Behörden und vielen Initiativen gegen rechts einig: Es gibt auch in Hessen eine große Gefahr durch rechte Gruppen und Organisationen.

Nach Ansicht von Andreas Kemper, der auf Einladung der Fraktion Die Linke an der Anhörung teilnahm, hat sich im rechten Spektrum mit der Etablierung der AfD ein gefährlicher Kristallisationspunkt entwickelt. Seine These: Neben einem rechtspopulistischen Flügel hat sich auch eine stark völkisch bis faschistoide Strömung in der AfD etabliert, die mit dem ehemaligen hessischen Lehrer Björn Höcke – inzwischen Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – einen prominenten Vertreter in der Parteispitze stellt.

Auch die Darstellungen der zahlreichen Initiativen gegen rechts belegen, dass die Auseinandersetzung mit rassistischen Ressentiments und Gewalt von Neonazis seit 2014 spürbar zugenommen hat. Etwa 50 Prozent aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – damit nahezu jede/r zweite von ihnen – haben in den zurückliegenden Monaten Hass-Mails erhalten oder sahen sich gar Morddrohungen ausgesetzt. Flüchtlingshelferinnen und -helfer müssen häufig erfahren, dass auch hier rechte Gruppen und Organisationen ein Klima der Angst und Einschüchterung zu verbreiten versuchen. Was Angriffe auf Flüchtlinge und andere Gewalttaten sowie Brand und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte im letzten und diesem Jahr angeht, ist ein Anstieg um über 400 Prozent zu beklagen.

»Um Hessen machen Neonazis einen großen Bogen« – es war eine Pressekonferenz im Jahr 2008, in der Volker Bouffier, damals Innenminister, heute Ministerpräsident Hessens, bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts diesen denkwürdigen Satz sagte. Ein Satz, dessen Absurdität schon damals auf der Hand lag und der aus heutiger Sicht die ganze Misere und das Versagen staatlicher Stellen im Kampf gegen Rassismus, rechte Strukturen und rechten Terror – Stichwort NSU – offenbart.

Thomas Klein

Klage von Silvia Gingold wird im Januar in Wiesbaden behandelt

Verfassungsschutz vor Gericht

Silvia Gingold hat vom hessischen Verfassungsschutz die Herausgabe und Löschung der über sie gesammelten »Informationen«, erhobenen Vorwürfe und Behauptungen gefordert. Der Verfassungsschutz hat das unter anderem mit dem Hinweis auf »Quellenschutz« und eine angebliche Notwendigkeit der Beobachtung im Hinblick auf mögliche verfassungswidrige Tätigkeiten abgelehnt.

In seiner als Klageerwiderung bezeichneten Darstellung begründet der Verfassungsschutz die Überwachung und Registrierung von Silvia Gingold unter anderem damit, dass sie gegen die Berufsverbote, von denen sie selbst betroffen war, aufgetreten sei und dass sie (zum Beispiel mit der VVN) Lesungen aus Texten ihres verstorbenen Vaters, des Widerstandskämpfers Peter Gingold, durchgeführt habe.

Silvia Gingold während einer Lesung aus dem Buch ihres Vaters Foto: www.r-mediabase.eu

Darüber haben wir in der antifa berichtet. Nunmehr hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden in dem Verwaltungsstreitverfahren Silvia Gingold gegen das hessische Landesamt für Verfassungsschutz einen Termin festgesetzt. Die Verhandlung findet am 12. Januar 2017 um 10.30 Uhr im Raum 1.026 im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 124 statt.

red.

Landesversammlung nunmehr am 18. Februar 2017

Um die Überschneidung mit einem anderen wichtigen Termin zu vermeiden, hat der Landesausschuss beschlossen, den Termin der Landesmitgliederversammlung 2017 um eine Woche vorzuverlegen. Die Landesmitgliederversammlung findet nunmehr am Samstag, dem 18. Februar 2017, in der Kongresshalle in Gießen statt. Tagesordnung und Zeitplan werden zu Jahresbeginn veröffentlicht und den Kreisvereinigungen mitgeteilt.

Erinnerung an Ettie und Peter Gingold

Mit einer Filmveranstaltung am 23. November um 18.30 Uhr im städtischen Frankfurter Historischen Museum am Römerberg erinnert die Gingold-Initiative an Ettie und Peter Gingold, dessen 10. Todestag am 29. Oktober war. In der Veranstaltung wird auch der Offene Brief behandelt, mit dem sich 48 Frankfurter Persönlichkeiten dafür ausgesprochen haben, eine Straße, Platz oder Schule nach den Gingolds zu benennen. Die Veranstaltung wird von mehreren Frankfurter Gewerkschaften, Jugendverbänden und antifaschistischen Organisationen sowie von Stadtteil-Parlamentariern aus SPD, Grünen und Linken unterstützt.

Frankfurter VVN feiert 70. Geburtstag

Mit einer Matinee im Festsaal des Henry-und-Emma-Budge-Heimes in Frankfurt-Seckbach feiert die Frankfurter VVN-BdA am Sonntag, dem 27. November, ihren 70. Geburtstag.

Auf dem Programm stehen Lieder und Musik, vorgetragen von Erich Schaffner (Gesang) und Georg Klemp (Klavier), sowie Rezitationen, Grußreden und Gespräche. Beginn ist um 11.30 Uhr. Zum Ausklang gegen 13.30 Uhr werden Häppchen und Getränke gereicht.

Bei Teilnahme ist eine Anmeldung vor dem 19. November erforderlich (VVN-BdA c/o Rolf Heinemann, Wilhelmstr.17, 65779 Kelkheim; E-Mail: rodolfo-heinemann@web.de)

Gegründet wurde die Frankfurter VVN am 17. November 1946 von Überlebenden des Naziterrors, Widerstandskämpfern, ehemaligen Häftlingen, Verfolgten und Emigranten im damals provisorisch wiederhergestellten Teil der Frankfurter Westend-Synagoge.

Gedenken an Otto Kreikbaum

27 neue Stolpersteine in Hannover

Am 30. September wurden in Hannover 27 weitere Stolpersteine verlegt. Die Aktion begann in der Altstadt vor dem Haus Kramerstraße 4, wo Otto Kreikbaum (1909-1945) wohnte. Als Kommunist und Antifaschist wurde er schon 1933 verhaftet und in die Lager Moringen und Esterwegen verschleppt. 1934 entlassen, wurde der gelernte Metallarbeiter zur Arbeit in der Rüstungsindustrie verpflichtet.

Zunächst »wehrunwürdig«, wurde er dann in ein Strafbataillon zum Einsatz im Osten gepresst. 1945 verstarb er in sowjetischer Gefangenschaft. Die Familie wurde von den Faschisten wegen »Verwahrlosung« auseinandergerissen. Die fünf Kinder fanden erst nach dem Krieg wieder zu ihrer Mutter Luise, die bis zu ihrem Tod aktiv in der VVN war. Der Stolperstein wurde auf Wunsch der Tochter Jutta verlegt. Die VVN-BdA Kreisvereinigung übernahm die Patenschaft. Zur Verlegung waren die Tochter, ein Enkel und ein Urenkel anwesend, der eine eindrucksvolle Gedenkrede hielt. Er schloss mit dem nachdrücklichen Hinweis, nicht die politische Überzeugung, »Rasse«, sexuelle Orientierung oder andere Begründungen seien Ursache von Verfolgung und Vernichtung gewesen, sondern vielmehr sei Ursache die Herrschaft eines Regimes, das gewaltsam ausgrenzte und »bestimmte, wer dazugehört und wer nicht«. Zum Abschluss wurde das Moorsoldatenlied von der Gruppe »Agitprop Hannover« gesungen.

Straftatbestände wie »Heimtücke« und »Wehrkraftzersetzung« wurden immer mehr zu Instrumenten des Justizterrors, als nach der Niederlage in Stalingrad die Siegeszuversicht der Bevölkerung in den faschistischen Krieg zu schwinden begann. Wilhelm Weber (1883-1943), Literat und Dentist in Hannover, war seit 1931 ein »alter Kämpfer« der Nazipartei. Nachdenklich geworden, äußerte er sich 1943 gegenüber einer Patientin kritisch, besonders über die Ermordung der Juden. Sie denunzierte ihn, er wurde vor Freislers »Volksgerichtshof« gezerrt, zum Tode verurteilt und am 21. September in Plötzensee ermordet. Prof. Dr. Bernward Dörner (Berlin) regte die Verlegung des Stolpersteins an. Die Gedenkrede endete mit dem Hinweis, dass viele faschistische Verbrechen verhindert worden wären, wenn mehr Menschen den Mut gefunden hätten, »die Wehrkraft zu zersetzen«.

Mit den weiteren 25 Stolpersteinen im Stadtgebiet wurde der jüdischen Opfer dieser Verbrechen gedacht, zum Teil ganze Familien – erniedrigt, verschleppt, ermordet. Besonders eindrucksvoll war das Gedenken an das Ehepaar Alfred und Toni Wechsler, Jahrgang 1849 und 1868, in der Yorckstraße 10. Vier Enkelinnen, Nachkommen aus einer Familie »geschützter Mischlinge«, hatten die Mühe nicht gescheut, der Verlegung beizuwohnen.

Abschließend wurden zwölf Steine vor dem Haus Waldstraße 38 in der List verlegt. Die Eigentümergemeinschaft hatte sie gestiftet und die Teilnehmer der Gedenkstunde mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Ein Leistungskurs Geschichte des benachbarten Leibniz-Gymnasiums beteiligte sich. Der Historiker Dr. Peter Schulze erinnerte daran, wie hoch gerade in den »gutbürgerlichen« Stadtvierteln Hannovers von Anfang an die Zustimmung für die Nazipartei gewesen war.

rwk

Auf den Spuren von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der Nazis

Fahrradtour zum Antikriegstag in Celle

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Celle erinnert jedes Jahr zum Antikriegstag 1. September an den faschistischen Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkrieges mit seinen 60 Millionen Toten, darunter auch Millionen Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und politisch Andersdenkende, die wegen einer menschenverachtenden faschistischen Ideologie verfolgt und ermordet wurden.

Der oberste Leitsatz der VVN-BdA ist bis heute: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Doch Kriege kommen nicht von ungefähr über uns. Sie werden gemacht und von langer Hand vorbereitet. Den Spuren der massiven Kriegsvorbereitungen der Nazis in den 30er Jahren sind wir am 11. September 2016 auf einer Fahrradtour zu Gedenk- und Erinnerungsorten in Celle und Umgebung nachgegangen.

Die Auswahl der Orte sowie die Erläuterungen dazu haben wir aus unseren eigenen Reihen »organisiert«. Stationen unserer Tour waren:

Station 1: Feldweg, nördlicher Stadtrand von Celle mit Blick auf Nebelwerfer-Kasernen-Gelände. Information über Ausbau und Neubau von Kasernen und kriegswichtigen Betrieben in Celle (u. a. Nebelwerfer-Kaserne, Spinnhütte zur Fallschirmproduktion, Militärflugplatz Wietzenbruch) und Überblick über Aufrüstung im Landkreis.

Station 2: Das Kriegsgefangenenlager des Ersten Weltkrieges in Celle-Scheuen. Unter den dort kriegsgefangenen 30.000 Italienern waren drei Offiziere, die sich anfreundeten und später bekannte Literaten wurden (»Baracke der Dichter«).

Station 3: Die Munitionsanstalt Scheuen, errichtet 1934-1939 mit ca. 200 Gebäuden. Die Arbeit wurde überwiegend von rund 400 Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus Jugoslawien, der Sowjetunion, Belgien verrichtet.

Station 4: Hustedt, Aufrüstung durch Neubau eines Militärflugplatzes in Hustedt. Die ehemaligen Schulungsbaracken sind heute noch bewohnt (Siedlung Waldkater).

Station 5: Dorfgemeinschaftshaus in Hustedt: Hier führte der Todesmarsch vom KZ-Nebenlager Kleinbodungen nach Bergen-Belsen vorbei. Allein zwischen Groß-Hehlen und Hustedt wurden acht Häftlinge erschossen.

Station 6: Am neuen Stelenfeld auf dem Gelände der Heimvolkshochschule (HVHS) Hustedt legten wir im Gedenken an die Opfer des Todesmarsches Blumen nieder.

Mit angeregten Gesprächen, auch zu heutigen Formen der Gedenk- und Erinnerungsarbeit, fand unsere Tour zum Antikriegstag in einer nahe gelegenen Waldgaststätte ihren Ausklang.

Horst Stehr, KV Celle

Temporäre Kunstinstallation zum KZ Laagberg

Lokale Geschichte sichtbar machen

Foto: Angela Brandes

Bis in die 1950er und 1960er Jahre hinein wurde die blutige Geschichte der NS-Zeit in Wolfsburg – wie in der übrigen BRD auch – verdrängt oder beschönigt. Dazu gehörte auch die Existenz eines Konzentrationslagers auf dem Laagberg. Zwar haben die Aktivitäten deutscher und französischer Antifaschisten und Antifaschistinnen erreicht, dass seit 1987 eine Stele an das Lager erinnert. Dennoch ist bis heute die Existenz dieses KZs in der »Stadt des KdF-Wagens« nicht wirklich in das Gedächtnis der Wolfsburger Stadtbevölkerung eingegangen.

Das gilt insbesondere auch für die Endphasenverbrechen, die mit der Räumung der KZs im ganzen Land und auch in Wolfsburg verbunden waren. An den Todesmarsch vom Laagberg-Lager, der damit begann, dass am 7. April 1945 rund 1.600 Häftlinge von der SS zum Bahnhof Fallersleben getrieben und zu mehr als 100 Mann in Güterwaggons eingepfercht wurden, hat eine temporäre Kunstinstallation der VVN-BdA Wolfsburg am Ort des Lagers erinnert. Alle drei Wolfsburger Zeitungen berichteten von der Aktion.

Alfred Hartung

Gedenktafel für Fluchthelfer der Internationalen Roten Hilfe eingeweiht

Wege in die Niederlande

Am 8. Oktober 2016 wurde im Rahmen einer von der niederländischen Gemeinde Oldambt organisierten Gedenkfeier eine Tafel zu Ehren der niederländischen Fluchthelfer verfolgter deutscher Antifaschisten eingeweiht.



Blick auf die Gedenktafel für die niederländischen Fluchthelfer von naziverfolgten Deutschen, die am 8. Oktober 2016 feierlich in der Gemeinde Oldambt eingeweiht wurde. Fotos: Jörg Meinke

Die Gedenktafel ist in Niederländisch und Deutsch und trägt die Aufschrift: »Nachdem in Deutschland im Frühjahr 1933 Hitler die Macht ergriffen hatte, wurden Zehntausende von Gegnern verhaftet, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten. Im Emsland entstanden Konzentrationslager, wo ein Teil dieser Gefangenen eingesperrt wurde. Gefangene, die entkommen und in die Niederlande fliehen konnten, wurden wieder ausgeliefert.

Niederländische und deutsche Kommunisten organisierten Fluchtwege, um verfolgte Deutsche über die Grenze zu schmuggeln. Sie nützten unter anderem illegale Grenzübertritte in Nieuwe Statenzijl, Lupster Zijl, Delfzijl und Bellingwolde. In den Niederlanden blieben diese Flüchtlinge illegal. Unter anderem sammelte die Internationale Rote Hilfe Geld, um sie trotzdem unterzubringen. Mehrere deutsche Flüchtlinge zogen nach Spanien, um im Spanischen Bürgerkrieg den Kampf gegen den Faschismus fortzusetzen. Sie unterstützten die gesetzliche republikanische Regierung und kämpften gegen den von Deutschland und Italien unterstützten Putsch Francos.«

Organisierte Wege in die Niederlande

Ab Anfang 1933 organisierte die Rote Hilfe zusammen mit der KPD die Flucht akut von Verhaftung bedrohter Antifaschistinnen und Antifaschisten ins Ausland. Aus dem nordwestlichen Niedersachsen und aus Bremen führte der Weg in der Regel in die Niederlande. Mit dem Grenzübertritt waren die Menschen aber noch nicht in Sicherheit. Wer der niederländischen Polizei in die Hände fiel, wurde nach Deutschland abgeschoben. Die Flucht konnte nur durch die Zusammenarbeit mit der niederländischen Roten Hilfe (Rode Hulp) und der CPN (Kommunistische Partei der Niederlande) erfolgreich verlaufen.



Auf deutscher Seite wurde das letzte Stück des Fluchtwegs hauptsächlich durch die Emdener KPD koordiniert, die hier gut organisiert war. Man versuchte zunächst, die Flüchtenden mit Fischerbooten über den Dollart zu bringen, da das am sichersten erschien. Wegen ungünstiger Wetterbedingungen und der Tiedeabhängigkeit scheiterten aber viele Versuche. Deshalb ging man schon im Frühjahr 1933 dazu über, den Landweg zu nutzen. Geeignete Stellen fanden sich im Bereich der heutigen Gemeinde Bunde, um über die Grenze nach Nieuwe Statenzijl, Nieuweschans und Bellingwolde zu gelangen. Hier gab es aufgrund der großen Armut in dieser Gegend schon lange Schmugglerpfade, die für den illegalen Grenzübertritt genutzt werden konnten.

Engagierte Niederländer helfen

Nach 1936 konnten hier kaum noch Flüchtlinge die Grenze passieren. 1937 gab es in Emden eine Verhaftungswelle, der viele KPD-Mitglieder zum Opfer fielen, wodurch die Fluchtorganisation weitgehend zusammenbrach. Außerdem schlossen sich viele der deutschen Antifaschisten, die ins Ausland gingen, den Internationalen Brigaden in Spanien an.

Eine selbst organisierte Flucht ohne Unterstützung vor Ort war relativ aussichtslos. War es schon schwierig genug, auf deutscher Seite unerkannt an die Grenze zu gelangen, kam man ohne Kenntnis der geeigneten Wege nicht hinüber. Aber hätte man selbst das geschafft, wäre noch nicht viel gewonnen gewesen. Von staatlicher Seite gab es keine Unterstützung, im Gegenteil wurden aufgegriffene Flüchtlinge an Deutschland ausgeliefert.

Der illegale Grenzübertritt bedeutete, in den Niederlanden illegal leben zu müssen. Das war in der dünn besiedelten ländlichen Region nahe der Grenze unmöglich. Ohne die koordinierte Hilfe niederländischer Antifaschisten konnte es kaum gelingen, in eine größere Stadt zu gelangen, in der man untertauchen konnte. Auch dort musste schließlich zuerst eine Unterkunft organisiert werden.

Eine häufig genutzte Übergangsmöglichkeit war die Schleuse bei Nieuwe Statenzijl. Diese Stelle war zwar nicht ungefährlich, bot aber auf der niederländischen Seite die beste Unterstützung. Hier gab es viele engagierte Antifaschistinnen und Antifaschisten, die für einen sicheren Transport nach Groningen sorgten. Diesen Menschen, die vielen unserer Kameraden das Leben gerettet haben, gilt unser besonderer Dank.

Gedenktafel am historischen Ort

In der Zeit des Kalten Krieges wurde auch in den Niederlanden der kommunistische Widerstand gegen den Faschismus nicht ausreichend gewürdigt. Erst in den letzten Jahren gab es einige Historiker, die dieses Kapitel aufgearbeitet haben. In diesem Zusammenhang ist das zweibändige Werk »Het communistische verzet in Groningen 1940-1945« von Ruud Weijdeveld besonders zu erwähnen. Anfang dieses Jahres hat Hans Heres, der an dem Buch über den Widerstand in der Provinz Groningen mitgearbeitet hat und einige der Fluchthelfer noch persönlich kannte, die Initiative zur Errichtung einer Gedenktafel ergriffen.

Der Bürgermeister der Gemeinde Oldambt, zu der Nieuwe Statenzijl heute gehört, hat sofort zugestimmt. Die Tafel wurde nun am historischen Ort neben der Schleuse in Nieuwe Statenzijl enthüllt. Vor rund 100 Anwesenden sprachen Pieter Smit, Bürgermeister von Oldambt, Bernard Bramlage, Landrat des Landkreises Leer, Rico Mecklenburg, stellvertretender Bürgermeister von Emden, Alfred van Hall, Deichgraf, Ruud Weijdeveld, Historiker und Hans Heres, Vertreter der NCPN. Anwesend war auch Tjaaktje Stek, Schwiegertochter des Fluchthelfers Luppo Stek, der 1942 in Buchenwald ermordet wurde. Musikalisch wurde die Veranstaltung von Linde Nijland und Bert Ridderbos begleitet. Abgeschlossen wurde die Gedenkfeier natürlich mit dem Moorsoldatenlied.

Jörg Meinke

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Redaktion: Michael Rose-Gille

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Protest gegen die NATO-Werbeveranstaltung in der Gruga

Demo gegen Luftwaffen-Zentrale in Kalkar

Rund 400 Menschen haben am Montag, 3. Oktober, im niederrheinischen Kalkar gegen die dortige Luftwaffen-Kommandozentrale demonstriert. Aufgerufen zu der Aktion hatten der Ostermarsch Rhein-Ruhr und weitere Friedensinitiativen. Das berichtete der Westdeutsche Rundfunk und trat somit aus der Reihe der Medien heraus, die derzeit fast vollständig die Friedensbewegung totzuschweigen suchen:

»Der Protest richtete sich gegen Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO in Kalkar und Uedem. Dort werde die militärische Infrastruktur für den Hightech-Krieg ausgebaut, hieß es. Von dort aus werden sowohl die Tornado-Einsätze über Syrien als auch die Eurofighter-Flüge an der russischen Grenze koordiniert. Die Nato-Strategie sei alles in allem ›unklug, unwahr, eskalationsanfällig, teuer, völkerrechtswidrig und zudem auch noch für alle lebensbedrohlich‹, hieß es bei der Auftaktveranstaltung auf dem Marktplatz in Kalkar. Im Anschluss an die Kundgebung zogen die Demonstranten mit Trillerpfeifen und Transparenten zur Von-Seydlitz-Kaserne. Dort gedachten die Teilnehmer mit einer Kranzniederlegung vor dem Kasernentor der Opfer von Drohnen- und Bombenangriffen.«

Leider ist die Berichterstattung der Medien nicht auf die Friedenskundgebung am 3. Oktober in Essen eingegangen, die im Anschluss an die Aktion in Kalkar stattfand. Zahlreiche der zuvor in Kalkar Demonstrierenden waren auf dem Willy-Brandt-Platz zu den rund 1.000 Kundgebungsteilnehmern gestoßen, um Eugen Drewermann und weitere Redner und Rednerinnen für den Frieden zu hören und ihren Protest gegen die NATO-Konferenz in der Messe Essen zu bekunden. Dort besprachen die Militärs an drei Tagen, wie sie »präzise Schläge« führen können, auch wenn die Infrastruktur zusammengebrochen ist. Die Friedensfreunde meinten, gerade in Europa mit seiner hoch entwickelten Industrie können die »modernen Kriege« nur zur Massenvernichtung ohne Chance auf weitere Existenz führen. Deshalb muss alle Kraft auf die Verhinderung eines solchen Infernos gelegt werden.





Kundgebung im Anschluss an die Protestdemo am 3. Oktober 2016 in Essen Foto: www.r-mediabase.eu

Kriegführendes Deutschland

Warum rief auch die VVN-BdA auf, gerade am 3. Oktober in Kalkar und Essen zu demonstrieren? In einem Flyer hieß es: »Der 3. Oktober wird als Nationalfeiertag begangen, weil er die Wiedervereinigung brachte. Er brachte aber auch den Wiedereintritt Deutschlands in den Kreis der kriegführenden Länder. Und dies ist völkerrechtswidrig. Wir fordern die Einhaltung des ›2+4-Vertrages‹, durch den die deutsche Einheit zu Stande kam. Dies schließt ein, die NATO nicht bis an die Westgrenze Russlands auszudehnen. Dagegen wird verstoßen. Wir bleiben bei dem antifaschistischen Vermächtnis von 1945: Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus. Deshalb sagen wir heute: ›Der Krieg beginnt hier und hier muss er gestoppt werden.‹ (So lautete auch der Text auf einem VVN-Transparent – U.S.) Die Interessenskonflikte zwischen Staaten sind friedlich und in Verhandlungen zu lösen. Unser Land soll umfassend abrüsten. Dadurch werden erhebliche Mittel frei für friedliche und soziale Zwecke.«

Bernhard Trautvetter/Ulrich Sander

Breitestes Bündnis formierte sich in Dortmund

Es reicht! Rechte Gewalt stoppen!

Unter dem Motto »Es reicht« riefen 40 demokratische und antifaschistische Organisationen, Initiativen und Parteien, darunter die VVN-BdA, zu einer gemeinsamen Demonstration gegen das zunehmende Nazi-Unwesen in Dortmund und anderswo auf.

2.500 meist junge Menschen folgten dem Aufruf und zogen unter einem bunten Meer von Fahnen und Transparenten durch Dortmund. Anstoß zu dieser breiten Kampagne waren gehäufte Provokationen und Überfälle des kriminellen braunen Mobs auf junge Antifaschisten, die vor kurzem in einer Messerattacke und in Reizgasangriffen gipfelten.

Im Gedenken an die Opfer faschistischer Verbrechen wurden, ausgehend vom ehemaligen Gestapo-Gefängnis Steinwache und dem Stein für die Opfer des NSU, der Gedenkstein für Mehmet Kubasik und der Tatort, an dem der Punker Thomas Schulz erstochen wurde, aufgesucht. An dem Ort, an dem das Gewerkschaftshaus am 1. Mai 1933 von Faschisten gestürmt und besetzt wurde, mahnte die DGB-Vorsitzende Dortmund-Hellweg Jutta Reiter, aus der Geschichte zu lernen und der rechten Gefahr gemeinsam entgegenzutreten.

Es reicht schon lange. Spätestens seit dem Jahr 2000 versuchen die Neonazis, Dortmund zu ihrer Hochburg auszubauen und die durch Erwerbslosigkeit und Armut gebeutelte Stadt mit Großaufmärschen, Gewalt gegen Ausländer/Ausländerinnen und Andersdenkende, durch Mord und Totschlag zu terrorisieren.

Dass ihnen das so weit gelingen konnte, hat mit dem jahrzehntelangen Verharmlosen der Nazigefahr durch die Politik, mit einer von Blindheit auf dem rechten Auge geschlagenen Justiz und mit einer Polizei zu tun, die jeden noch so rüden Naziaufmarsch schützte. Auch die lange geübte Sortierung nach guten und schlechten (autonome) Antifaschisten/Antifaschistinnen und die Zersplitterung der Bündnisse nahmen einer effektiven Gegenwehr viel Kraft. Dass es diesmal gelang, in gegenseitigem Respekt gemeinsam zu demonstrieren – Gewerkschaften, Parteien, Jugendorganisationen, antifaschistische und soziale Bündnisse, migrantische Verbände –, das ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Ihn gilt es auszubauen.

Ula Richter

Dortmund am 24. September



Foto: Alex

Regionalkonferenz gegen rechts

Bereits zum achten Mal findet im Aachener Raum die Regionalkonferenz Aktiv gegen rechts statt, diesmal in der Europaschule in Herzogenrath-Merkstein.

Wieder hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, um am 3. Dezember 2016 gemeinsam aktiv gegen rechts zu handeln. In diesem Jahr lautet das Motto: Unsere Alternative – Solidarität statt Rechtspopulismus – Aufstehen gegen Rassismus. Das Hauptreferat wird gehalten von Alexander Häusler, Arbeitsstelle Rechtsextremismus an der FH Düsseldorf.

Die Arbeitsgruppen sollen sich mit folgenden Inhalten beschäftigen: Solidarität mit Flüchtlingen, Was tun in antirassistischen Wahlkämpfen und Neue Rechte und AfD. Es sind außerdem Ausstellungen (Flüchtlinge und Roma) geplant.

Wie wär es denn einmal mit der Verwirklichung der Landesverfassung?

NRW-Landtag beschloss »umfassende Reform«

Kürzlich wurde mit vielen Veranstaltungen der 70. Jahrestag der Gründung von Nordrhein-Westfalen begangen. Wir waren verwundert, dass dabei eines nie zum Thema gemacht wurde: Die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen eine vom Volk beschlossene Landesverfassung hat. Es wurden ganz allgemein viele Worte über dies wunderbare Land gemacht. Dass wir mehr Armut und mehr Arbeitslosigkeit als andere Länder haben, blieb unerwähnt.

Um die Landesverfassung an die veränderten Erwartungen der etablierten Politik anpassen zu können, bedurfte es einer »Super-Koalition«, denn für eine solche Gesetzesänderung ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Geändert hat sich viel seit dem Inkrafttreten der NRW-Verfassung am 10. Juli 1950. Kein Problem: Die Super-Koalitionäre von SPD, CDU, Grünen und FDP stimmten dem neuen Gesetzeswerk übereinstimmend zu. Dazu zwei Nachrichten. Die gute: Es wurden die Artikel der Verfassung nicht geändert, die als Lehren aus der Vergangenheit aufgenommen worden waren. Die schlechte Nachricht: Diese Artikel blieben bis heute unerfüllt.

Landtagswahlprogramme 2017

Deshalb schrieb die VVN-BdA dem Landesparteitag der SPD in einem Brief ihre Vorstellungen auf. Auch gegenüber den anderen Parteien greift die VVN-BdA in die Diskussion der Parteien über ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 ein. Ohne die parteipolitische Unabhängigkeit aufzugeben, empfiehlt die VVN-BdA: Legen Sie doch einfach mal die Verfassung zu Grunde. Das Grundgesetz besagt, dass die Bundeswehr keine Aufgaben als jene hat, die in der Verfassung ausdrücklich festgelegt sind. Angriffskriege und Auslandseinsätze ohne UNO-Zustimmung gehören nicht dazu und auch keine militärischen Einsätze im Innern. Gefragt wird: Was ist mit der Wirtschafts- und Sozialordnung? In den Länderverfassungen und im Grundgesetz ist keinesfalls festgelegt, dass diese nur kapitalistisch sein darf. Vor allem fordert die VVN-BdA die Parteien auf, endlich die friedenspolitische Zurückhaltung im Maßstab eines Bundeslandes aufzugeben. Mit der Entwicklung des Rüstungsexports und dem Ausbau der »Speerspitze« in Münster sowie der Lufteinsatzzentrale, der Kampfdrohnensteuerung und dem Vereinten Luftkraft-Kompetenzzentrum JAPCC in Kalkar/Uedem ist NRW in den letzten Jahren ins Zentrum der Kriegsvorbereitung, ja Kriegsführung gerückt worden. Die etablierten Parteien verlangen, solche Tatbestände aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das wäre, so die VVN-BdA, ein schwerer Fehler.

Aus dem Brief an die SPD:

»Die Landesverfassung wurde nie verwirklicht. Mit ihr wurden jedoch nach 1945 einige Schlussfolgerungen gezogen. (…) Weil es, auch aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit, notwendig ist, für die sozialen Menschenrechte zu wirken, heißt es in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen im Artikel 24: ›Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.‹

Wir verlangen, dass Regierung und Parlamentarier nach dieser Verfassungsbestimmung handeln. (…) Auch für den Verfassungsschutz haben wir an dieser Stelle eine lohnende Aufgabe: Wäre es nicht gut, einmal aufzulisten, welche großen Wirtschaftsvereinigungen gegen diesen Artikel 24 der Landesverfassung verstoßen und somit verfassungsfeindlich handeln? Warum taucht so etwas im Verfassungsschutzbericht nie auf?«

Auf der Grundlage der Landesverfassung (Artikel 27: »Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden«) sind Betriebe wie zum Beispiel Thyssen-Krupp oder Rheinmetall zu vergesellschaften und damit ist ihr Kriege förderndes Wirken zu beenden. Ganz aktuell ist an die IG Farben-Nachfolger zu erinnern. So schließt Bayer gegenwärtig einen Teufelspakt mit einem Konzern in den USA namens Monsanto, der mit Gefährdung von Umwelt und Gesundheit der Menschen bekannt wurde.

Die »Programmatischen Eckpunkte« der VVN-BdA NRW mit weiteren Bezügen zur Landesverfassung wurden den Parteien zugesandt.

U. K./U. S.

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Eine Straße soll den Namen von Christine Schröder tragen

»70 Jahre VVN in Bochum«

In diesem Jahr wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 70 Jahre alt. Das Ereignis war Anlass zu einer Kulturveranstaltung am 29. Oktober in Düsseldorf. Bereits vier Wochen zuvor vor 70 Jahren, im September 1945, war die VVN in Bochum gegründet worden. Dort wurde der Reigen der Jubiläumsveranstaltungen »70 Jahre VVN« am Samstag, 24. September 2016, im Bochumer Ver.di-Gewerkschaftshaus eröffnet.



In Bochum dabei: Der IG Metall--Chor CHORrosion Foto: Gleising

In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende der VVN-BdA Bochum, Günter Gleising: »Das Wirken mit und für die Menschen in der Stadt sollte eine öffentliche Würdigung erhalten. Wir schlagen vor, eine Straße nach Christine Schröder zu benennen. Die Widerstandskämpferin Christine Schröder war langjährige Vorsitzende der Bochumer VVN. Im Bereich der Sozialpolitik vertrat sie viele Jahre die Interessen der Verfolgten des Naziregimes.«

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA und FIR-Generalsekretär, forderte in einem historischen Abriss zur Geschichte der VVN abschließend eine breite Mobilisierung gegen Pegida, NPD, ProNRW oder AfD. Zu den Zukunftsperspektiven sagte er, dass die »VVN nicht nur gegen etwas kämpft, sondern von einer positiven antifaschistischen Vision geleitet wird«. Mit ihren kulturellen Beiträgen begeisterten der Chor Chorrosion und andere Künstler. An der Jubiläumsveranstaltung nahmen Gäste der Linken, SPD, DKP, Grünen, der Sozialen Liste, der Gewerkschaften teil.

Oberbürgermeister Thomas Eiskirch übermittelte ein Grußwort: »Nur wenn es gemeinsam gelingt, das Vergessen zu verhindern und Versuche zu bekämpfen, erneut faschistische Unmenschlichkeit in diesem Land zu etablieren, haben wir eine Chance, diesen demokratischen Staat vor seinen extremistischen Feinden zu schützen. Es ist gut zu wissen, dass bei diesem Kampf die VVN-BdA eine starke Partnerin ist.«

G. G.

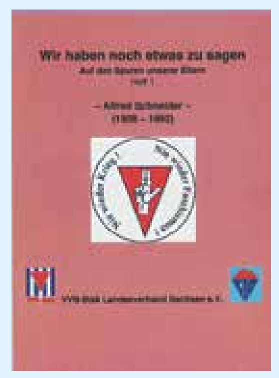
Broschürenreihe »Wir haben noch etwas zu sagen – Auf den Spuren unserer Eltern«

Erste zwei Hefte erschienen

In diesem Sommer erschienen die ersten beiden Broschüren der »AG zweite/dritte Generation« der VVN-BdA Sachsen.

Deren Autoren Heiderose Gläß und Roland Hering sind seit Jahren auf dem Gebiet der Geschichts- und Erinnerungsarbeit, mit Zeitzeugen und mit Jugendlichen aktiv. Daraus ergab sich für beide die Notwendigkeit, die Erlebnisse und Erfahrungen ihrer Eltern aus der Zeit des Faschismus, des Widerstands dagegen sowie aus der Zeit »danach« aufzuarbeiten und zusammenzutragen. Die Zeitzeugen selbst stehen uns kaum noch zur Verfügung – uns bleibt im Wesentlichen nur noch das ehrende Gedenken an sie.

Heiderose Gläß beginnt die Erinnerungen an ihren Vater Alfred Schneider (1908-1992) aus der Sicht ihrer Kindheit. Wir erfahren in dieser Broschüre ein reiches Leben, das Alfred Schneider geradlinig ging: mit 14 Jahren Bergmann geworden, von Beginn an politisch aktiv; SPD, illegale politische Tätigkeit; Verhaftungen, Gefangenschaft; KZ Lichtenburg und Sachsenhausen; Strafbataillon 999 mit Einsatz in Algier; Kriegsgefangenschaft; aktive Arbeit beim Wiederaufbau. Abgedruckte Dokumente, zum Teil sehr persönlicher Art, geben anschaulichen Einblick in das Leben eines Menschen, der sich seines Wirkens frühzeitig bewusst war und daran festhielt – wie widrig auch die Umstände waren. Ein interessanter und berührender Lesestoff.



Roland Hering setzt seinem Adoptiv-Vater Arno Hering (1907-1986) mit dieser Broschüre ein würdiges Gedenken. Dieser verstand sich selbst nie als »Held«, sondern empfand sein Tun als selbstverständlich. Daraus ergibt sich für die Leser eine große Nähe zu ihm und seinem Wirken. KJVD, KPD; Roter Frontkämpferbund; Emigration und Grenzarbeit mit tschechischen Kameraden; Interbrigadist im Spanienkrieg; Internierung in Frankreich; Auslieferung an Deutschland; Zuchthaus bis zur Befreiung durch amerikanische Truppen.

Viele persönliche Dokumente lassen einen Menschen lebendig bleiben, der sich Zeit seines Lebens für soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität eingesetzt hat.

Regina Schulz, Kamenz

Zum Verhältnis von VVN-BdA Sachsen und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Offener Brief an Ministerpräsident Tillich

Der VVN-Landesvorstand Sachsen wandte sich Mitte September mit einem Offenen Brief an den sächsischen Ministerpräsident wegen des gestörten Verhältnisses zwischen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der VVN-BdA Sachsen:

Mit großer Sorge verfolgen wir seit Monaten aktuelle Entwicklungen im Freistaat Sachsen. Als älteste antifaschistische Organisation – wir begehen 2017 den 70. Jahrestag der Gründung der VVN – fühlen wir uns in der Pflicht, über Ursachen und Folgen der Nazi-Ideologie und der Nazi-Diktatur aufzuklären und jeglichen Bestrebungen neonazistischer Umtriebe gemeinsam mit Bündnispartnern entgegen zu treten. Großen Raum nimmt dabei unsere Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ein. Nicht immer erfahren wir dabei jedoch die notwendige Unterstützung.

»Genug ist genug!«, endete der Schriftverkehr seitens des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit uns, den wir begannen, um eine Besichtigung der Gedenkstätte Bautzen mit anschließender Auswertung und Beratung unseres Landesvorstandes in der Gedenkstätte vorzubereiten.

Am 22.08.2016 baten wir den Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, uns am 15.09.2016 einen Rundgang zu ermöglichen und anschließend einen Raum zur Verfügung zu stellen. Darauf antwortete der Geschäftsführer am 28.08.2016, er sei gewillt, uns entgegen zu kommen, forderte aber gleichzeitig, wir möchten Aussagen unserer Ersten Sprecherin vom Februar 2016 revidieren und behauptete, unser Vertreter im Stiftungsbeirat hätte Fehler unseres Verbandes in der Zusammenarbeit mit der Stiftung eingeräumt – was völlig aus der Luft gegriffen ist. Der von uns Beauftragte für die Vorbereitung der Sitzung suchte umgehend Beratung mit den Vorstandsmitgliedern, wurde aber schon drei Tage später, am 01.09.2016, im barschen Ton aufgefordert, »unverzüglich« zu antworten, anderenfalls eine Landesvorstandssitzung der VVN-BdA Sachsen in der Gedenkstätte nicht genehmigt werden könne. »Ich hoffe, ich habe mich klar ausgedrückt. Genug ist genug.«, endete die E-Mail. Am 02.09.2016 dann die endgültige Absage des stellvertretenden Geschäftsführers: »… unter den gegebenen Umständen ist die Durchführung Ihrer Vorstandssitzung in der Gedenkstätte Bautzen leider nicht möglich. Die in der ZEIT vom 11. Februar 2016 geäußerten ungerechtfertigten Vorwürfe – ›Die Stiftung verschleppt die NS-Aufarbeitung in Bautzen genauso wie in Torgau. Wir werden nicht eingebunden, kommen keinen Schritt weiter. Die NS-Opferverbände sind sich in ihrer Kritik an der Stiftungsleitung einig. Die Zeit vor 1945 wird nicht angemessen berücksichtigt, die Zeit nach 1945 dagegen einseitig betont.‹ – stehen dem entgegen und müssen zunächst ›aus der Welt geschafft‹ werden.«

Diese Entscheidung des Geschäftsführers lässt ein problematisches Verständnis von Meinungsfreiheit erkennen: Nur wenn wir auf Kritik verzichten, bekommen wir einen Raum. Mit dem gesetzlichen Auftrag, »für Menschenwürde, Freiheit, Recht und Toleranz einzutreten und Gefährdungen dieser Grundwerte und der Demokratie wirkungsvoll zu begegnen« (SächsGedenkStG), ist dies nicht vereinbar.

Wir sind empört über die Verhaltens- und Arbeitsweise des Geschäftsführers der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten. Schon mehrmals wurde der Stil des Herrn Geschäftsführers öffentlich kritisiert. Auch Gespräche bei Frau Minister Stange und Interventionen im Stiftungsrat und im Beirat blieben folgenlos. Nunmehr bitten wir Sie darauf einzuwirken, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten dem nachkommt, was das Sächsische Gedenkstätten-Stiftungsgesetz für die Arbeit der Stiftung in der Präambel klar formuliert: »Dafür ist die Mitwirkung der Opfer sowie von bürgerschaftlichen Initiativen zur historischen Aufarbeitung von außerordentlicher Bedeutung.« Dies scheint dem Geschäftsführer der Stiftung nicht klar zu sein.

Wir bemühen uns seit Jahren um eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit der Stiftung, erleben dabei aber immer wieder Missachtung und Behinderung. Sollten nun schon die minimalsten Anforderungen eines respektvollen Umgangs und der vom Gesetz geforderten Wertschätzung nicht mehr gegeben sein, stellt sich für uns erneut die Frage, ob durch den Geschäftsführer unsere Mitarbeit noch gewünscht ist.

Regina Elsner, Erste Sprecherin; Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Mitglied im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02